

PETER GEORG PICHT

Vom materiellen Wert des Immateriellen

Jus Privatum

Mohr Siebeck

JUS PRIVATUM

Beiträge zum Privatrecht

Band 230



Peter Georg Picht

Vom materiellen Wert des Immateriellen

Immaterialgüterrechte
als Kreditsicherungsmittel im nationalen
und internationalen Rechtsverkehr

Mohr Siebeck

Peter Georg Picht, geboren 1979; Studium der Rechtswissenschaft an der LMU München; LL.M., Yale Law School (New Haven, USA); 2011 Promotion; 2017 Habilitation; Wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München; seit 2016 Professor für Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Zürich.

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT.

ISBN 978-3-16-156010-1 / eISBN 978-3-16-156011-8
DOI 10.1628/978-3-16-156011-8

ISSN 0940-9610 / eISSN 2568-8472 (Jus Privatum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Rottenburg/N. aus der Stempel-Garamond gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung analysiert – unter besonderer Beachtung der grenzüberschreitenden Dimension – die verschiedenen Facetten der Kreditbesicherung mittels Immaterialgüterrechten, identifiziert Schwachstellen und entwickelt Lösungsvorschläge. Sie zeigt auf, dass der Rechtsrahmen für solche Transaktionen an vielen Stellen noch Optimierungspotential hätte und sich damit als Hemmschuh für eine intensivere Nutzung des Geschäftstyps erweist. Dies gilt nicht zuletzt für das internationale Immaterialgüterrecht, wo neben klareren und differenzierteren Kollisionsregeln auch das Instrument der Rechtsvereinheitlichung stärker genutzt werden sollte. Dem deutschen Recht muss es auch, aber nicht nur, mit Blick auf Besicherungstransaktionen um eine bessere Integration des Immaterialgüterrechts in die übrigen Rechtsgebiete gehen. Mit seinen Fragestellungen und Befunden will dieser Band zugleich einen Beitrag zur übergeordneten Thematik des Einsatzes von Immaterialgüterrechten als Transaktionsgegenstände leisten. Schutzrechtstransaktionen können Triebkraft einer gesunden Wirtschaftsentwicklung sein, selbst wenn sie eine Reallokation weg vom Schöpfer und (ursprünglichen) Nutzer mit sich bringen. Dies gilt freilich nur, wenn Schutzrechtstransaktionen in einen passenden Rechtsrahmen eingefügt werden. Hierzu gehört nicht zuletzt das Bemühen um die Erteilung qualitativ hochwertiger Schutzrechte sowie eine kritische Überprüfung der Befugnisse, die mit der Schutzrechtsinhaberschaft verbunden sind.

Die Untersuchung wurde im Wintersemester 2016/2017 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Habilitationsschrift angenommen; sie befindet sich auf dem Stand vom Ende des Jahres 2017. Sie wäre nicht entstanden ohne meinen akademischen Mentor Josef Drexl, der meinen Weg seit Beginn der Promotion über viele Jahre mit Umsicht, Rat und Empathie begleitete. Ihm sei diese Arbeit in Dank gewidmet.

Mein Dank gilt aber auch einer Reihe von Personen und Institutionen, ohne die meine Habilitation und die vorliegende Schrift gleichfalls nicht möglich gewesen wären: Zuvorderst sei Beate Gsell genannt, die durch ihren Zweitbericht, aber auch durch rat- und tatkräftige Unterstützung die Arbeit ganz wesentlich gefördert hat. Auch Stefan Lorenz war, mit Rückendeckung und guten Fingerzeigen, viel mehr als nur formales Mitglied meines Fachmentorats. Wichtige inhaltliche Anregungen verdanke ich Alan Schwartz und Ian Ayres von der Yale Law School sowie Jürgen Basedow und den übrigen Teilnehmerinnen und

Teilnehmern des Habilitandenkolloquiums 2015 am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht. Viele Kolleginnen und Kollegen am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb sowie an der Münchener Juristischen Fakultät waren in Diskussion, Aufmunterung und, wo nötig, Ablenkung vom Juristischen unschätzbar. Die Fertigstellung der Druckfassung haben die Teammitglieder meines Zürcher Lehrstuhls, namentlich Katharina Tschopp Tarquini, Anna Karczewski und vor allem Benedikt Freund, mit vollem Einsatz ermöglicht.

Ein nachdrücklicher Dank gilt schließlich der VG WORT für ihren großzügigen Druckkostenzuschuss.

Zürich, den 14. September 2018

Peter Georg Picht

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Teil 1: Einleitung	1
Teil 2: Grundlagen	3
A. Empirisches – Vertragspraxis	3
B. Teleologische Analyse: Die IR-Besicherung im Schnittfeld der rationes von Immaterialgüterrecht und Kreditsicherungsrecht	9
C. Ökonomische Analyse	54
Teil 3: Das Entstehen des Sicherungsverhältnisses	83
A. Die Bestellung der Sicherheit	83
B. Die Rolle der Immaterialgüterrechtsregister – Stand und Entwicklungsperspektiven	212
Teil 4: Die Sicherungsphase	303
A. Leitwertungen	303
B. Zweigliedriges Verhältnis	304
C. Drei- und mehrgliedrige Konstellationen	365
Teil 5: Das Ende des Sicherungsverhältnisses	395
A. Rückführung des Sicherungsgutes nach Tilgung der gesicherten Forderung	395
B. Sicherungsfall und Verwertung	397
C. Insolvenzrechtliche Aspekte	449

Teil 6: Die rechtsordnungsübergreifende Dimension der IR-Besicherung	489
A. Einführung	489
B. Kollisionsrecht	489
C. Internationales Verfahrensrecht	581
D. Bedarf nach unionsrechtlicher Vereinheitlichung	596
 Teil 7: Zusammenfassung und Ausblick	 599
A. Grundlegendes	599
B. Das Entstehen der Sicherheit und die Rolle der IR-Register	607
C. Die Sicherungsphase	628
D. Das Ende des Sicherungsverhältnisses	637
E. Insolvenzzrechtliche Gesichtspunkte	641
F. Die rechtsordnungsübergreifende Dimension der IR-Besicherung	643
G. Ausblick: Immaterialgüterrechte als Transaktionsgegenstand	651
 Literaturverzeichnis.....	 657
 Sachregister.....	 695

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Teil 1: Einleitung	1
Teil 2: Grundlagen	3
A. Empirisches – Vertragspraxis	3
I. Einsatzgebiete für die IR-Kreditbesicherung	3
II. Die Vertragspraxis und ihre Probleme	6
B. Teleologische Analyse: Die IR-Besicherung im Schnittfeld der rationes von Immaterialgüterrecht und Kreditsicherungsrecht	9
I. Zwecksetzungen des Immaterialgüterrechts	9
1. Nicht-funktionale Ansätze	10
2. Funktionaler Ansatz	11
a) Offenlegung	13
b) Innovationsanreiz	14
c) Kehrseiten und Zuschnitt von (Monopol-)Rechten des Geistigen Eigentums	16
d) Von Trollen, Sperrschutzrechten und Gegenschlag-Portfolios – Fungibilität als Deviation des Immaterialgüterschutzes?	18
II. Funktion und Legitimität der Kreditbesicherung	21
1. Die US-Diskussion: <i>Modigliani-Miller</i> und das „Rätsel“ der besicherten Kreditvergabe	22
a) Der Ausgangspunkt: <i>Jackson</i> und <i>Kronman</i>	22
b) Ökonomische Analyse: <i>Schwartz, White et alii</i>	25
c) Empirischer Ansatz: <i>Kripke</i> und <i>Mann</i>	30
d) Rechtspolitische Dimension	31
2. Der Diskurs im deutschen Recht	34
a) Position des BGB-Gesetzgebers	34
b) Die Diskussion im insolvenzrechtlichen Kontext	36

III. Die IR-Kreditbesicherung als Mittel zum Zweck des Immaterialgüterrechts	39
IV. Skizze der involvierten, schutzwürdigen Interessen	49
1. Sicherungsnehmer	49
2. Sicherungsgeber	50
3. Drittbetroffene – Lizenzpartner	52
4. Interessen der Allgemeinheit	53
C. Ökonomische Analyse	54
I. Zielerreichung im Spannungsfeld von Privatautonomie und staatlichen Vorgaben	54
1. Effiziente Organisation durch Vertragsfreiheit	55
a) Optimale Selbstorganisation durch Verträge und ihre Bedingungen	55
b) Die Nichtidealität von IR-(Besicherungs-)Märkten und ihren Teilnehmern	57
aa) Marktverwerfungen	57
bb) Behavioral effects	59
c) Sinn und Grenzen rechtlicher Vorgaben	61
2. Eckpunkte für die Ausgestaltung des Rechtsrahmens	62
II. Die Bewertung von IR-Sicherungsgut	64
1. Kostenbasierte Verfahren	65
a) Reproduktions- und Ersatzbeschaffungsverfahren	65
b) Beurteilung	66
2. Marktbasierte Verfahren	68
a) Vergleichspreismethode	68
b) Deckungsbeitragsvergleichsmethode und Gewinn- vergleichsmethode	70
c) Lizenzpreisanalogie	70
d) Bewertung	71
3. Ertragsbasierte Verfahren	73
a) Mehrgewinnermittlungsmethode	73
b) Ergebnisbeitragsmethode	74
c) Residualgewinnverfahren	74
d) Bewertung	75
4. Quantitative Verfahren	76
a) Methode der Wertindikatoren	76
b) Lebenszyklusanalyse	77
5. Gesamtbewertung	78

Teil 3: Das Entstehen des Sicherungsverhältnisses	83
A. Die Bestellung der Sicherheit	83
I. Besicherungsformen	83
1. Sicherungsübertragung	83
2. Verpfändung	85
3. Sicherungsnießbrauch, Sicherungslizenz und weitere Formen	87
a) Sicherungsnießbrauch	87
b) Sicherungslizenz	89
c) Sonstige Besicherungsformen	90
II. Besicherungsgegenstände	91
1. Eigentumscharakter und positivrechtliche Eignung von Immaterialgüterrechten als Kreditsicherheiten	92
a) Problemstellung	92
b) Der Konnex von Rechtsnatur, Übertragbarkeit und Sicherungs- tauglichkeit im allgemeinen Zivilrecht	93
c) Geistiges „Eigentum“ und die Dinglichkeit von Lizenzen	94
aa) Die Kontroverse um den Eigentumscharakter der durch das Immaterialgüterrecht verliehenen Schutzrechte	94
bb) Dingliche Rechtsnatur von Lizenzen?	97
d) Kluft zwischen Kreditsicherungs- und Immaterialgüterrecht?	100
e) Funktionalisierung des IR-Vermögensrechts und selektiver Rückbezug auf das allgemeine Zivilrecht	104
2. Patentrecht	109
a) Nationale Schutzrechte	109
aa) Vorläuferrechte zum Patent	109
bb) Das Recht aus dem Patent	112
b) Europäischer Patentschutz	115
aa) Das europäische Bündelpatent	115
bb) Das Europäische Patent mit einheitlicher Wirkung	117
c) Internationaler Patentschutz	122
3. Gebrauchsmuster	123
4. Arbeitnehmererfindungsrechte, Sortenschutzrecht, Halbleiterschutzrecht	124
5. Marken und sonstige Kennzeichen	128
a) Nationales Markenrecht	128
b) Unionsmarke	131
c) Internationaler Kennzeichenschutz	133
6. Urheberrechte und verwandte Schutzrechte	135
a) Nationales Urheberrecht	135
aa) Rechtsbestand	135
bb) Einsatz als Sicherungsgegenstand	140
b) Internationaler Urheberrechtsschutz	145

7. Design	148
a) Nationales Designrecht	148
b) Gemeinschaftsgeschmacksmuster	149
c) Internationaler Geschmacksmusterschutz	151
8. Know-how	152
9. Lizenzen	157
a) Lizenzen im Gefüge der IR-Sicherungsgegenstände	157
b) Typen, Rechtsnatur und Übertragbarkeit	159
aa) Patent- und Gebrauchsmusterrecht	160
bb) Marken- und Designrecht	161
cc) Urheberrecht	162
(1) Grundsätzliche Übertragbarkeit	162
(2) Bestand einer Zustimmungspflicht nach § 34 UrhG	163
(3) Abdingbarkeit und Zustimmungspflicht	165
(4) Rechtsfolgen erteilter und verweigerter Zustimmung	167
dd) Stellungnahme: Privatautonome Gestaltung der Lizenz- Fungibilität und Zustimmungspflichten	169
c) Sukzessionsschutz	170
aa) Allgemeine Bedeutung	170
bb) Sukzessionsschutz bei einzelnen Immaterialgüterrechten	172
d) Stellungnahme: Fortbestand von Unterlizenzverhältnis und Lizenzvertrag	177
aa) Fortbestand der Unterlizenz bei Wegfall der Hauptlizenz	177
bb) Übergang des Lizenzvertrages	178
10. Sonstiges Sicherungsgut	181
III. Immaterialgüterrechtliche Besonderheiten der Sicherheiten- bestellung	183
1. Umfang der Rechtsübertragung	183
a) Allgemeine Grundsätze	183
b) Folgerechtsstufen	187
c) Besicherung mittels künftiger Rechte	191
d) Schutzrechtsfamilien	192
e) Lizenziertes Recht und Lizenzforderungen	197
f) Verkörperungen des Schutzgegenstandes	200
2. Wirksamkeitshindernisse	203
a) Übersicherung	203
aa) Allgemeine Grundsätze	203
bb) Sonderregeln für den immaterialgüterrechtlichen Kontext?	207
b) UWG-Verstoß	211
B. Die Rolle der Immaterialgüterrechtsregister – Stand und Entwicklungsperspektiven	212
I. Normative Analyse	213

1. Patent- und Gebrauchsmusterregister im nationalen deutschen Recht	213
a) Entwicklung, Normbasis, eintragungsfähige Rechte und Eintragungsverfahren	213
b) Bekanntmachungen und Einsicht	216
c) Wirkungen der Eintragung	217
aa) Verfahrensrechtliche Bedeutung der Registereintragung	217
bb) Materiellrechtlich-konstitutive Wirkung und Vertrauensschutzträger	221
cc) Stellungnahme	228
2. Das Patentregister für Europäische Patente	230
a) Eintragungsfähige Rechte und Publikation der Eintragungen	230
b) Wirkungen der Eintragung	232
3. Patent mit einheitlicher Wirkung und Register für den einheitlichen Patentschutz	232
4. Besonderheiten des Markenregisters	233
5. Besonderheiten des Registerrechts der Unionsmarke	236
a) Eintragung und Markenentstehung	236
b) Rechtsübergang und Legitimationswirkung	236
c) Eintragung und gutgläubiger Erwerb	240
d) Stellungnahme	243
6. Design und Gemeinschaftsgeschmacksmuster	247
II. Reformüberlegungen	250
1. Die schwachen IR-Register des deutschen Rechts als „Sonderfall“	251
a) Vergleichende Betrachtung anderer deutscher Registersysteme ...	251
aa) Das Grundbuch	251
(1) Die Rechtsentwicklung hin zum heutigen deutschen Grundbuchsystem	251
(2) Zentralfunktionen des heutigen Grundbuchs	253
(3) Insbesondere: unrichtiges Grundbuch und Gutgläubensschutz	255
bb) Das Handelsregister	257
(1) Die Rechtsentwicklung hin zum heutigen Handelsregistersystem	257
(2) Funktion – Eintragungstatbestände – formelle Publizität ..	258
b) Rechtsvergleichende Aspekte	260
aa) US-Recht	261
(1) Art. 9 Uniform Commercial Code als Zentralregelung des gegenwärtigen US-Kreditsicherungsrechts	261
(2) Begründung eines Sicherungsrechts an Immaterialgüterrechten (<i>attachment</i>)	263
(3) Validierung des Sicherungsrechts (<i>perfection</i>)	263

bb) Vereinigtes Königreich	267
(1) Englisch und schottisches Recht	267
(2) Sicherungsformen	268
(3) Sicherungsgegenstände und Registrierung	271
cc) Sonstige nationale Rechtsordnungen – Unionsschutzrechte ...	274
c) Stärkungstendenzen	276
aa) US-Urheberrecht	276
bb) Deutsches und Europäisches Recht des gewerblichen Rechtsschutzes	280
d) Fazit	282
2. Effizienz- und Interessenanalyse	284
a) Transaktionsaufwand und Zuverlässigkeit des Registers	284
b) Eintragungs- und Nichtoffenlegungsinteresse von Transaktions- parteien	286
c) Interessenlage in Bezug auf einen gutgläubigen Erwerb	289
3. Anregungen zur Ausgestaltung gestärkter IR-Register	293
a) Eintragungsgegenstände	293
b) Internationalisierung und Transparenz – hin zu einem „Unionsregister“	295
c) Konstitutive Wirkung der Registereintragung für den Schutzrechtserwerb?	296
d) Vermutung der Registerrichtigkeit und Parameter eines Gutgläubensschutzes	300
 Teil 4: Die Sicherungsphase	 303
A. Leitwertungen	303
B. Zweigliedriges Verhältnis	304
I. Nutzungsrecht und Nutzungspflicht	304
1. Rücklizenz bei der Sicherungsübertragung	305
a) Bedarf	305
b) Entstehen und Wegfall	306
c) Ausgestaltung	311
2. Nutzung und Verpfändung	317
II. Erhaltung und Verteidigung des Sicherungsgegenstandes	318
1. Allgemeine Grundsätze des Kreditsicherungsrechts	318
2. Gebühren	319
3. Schutzrechtsverteidigung	321
a) Sicherungsübertragung	321
b) Verpfändung	329
III. Lizenzierungen und Verfügungen in Bezug auf das Sicherungsgut	330

1. Rechtshandlungen des Sicherungsgebers	330
a) Lizenzerteilung	330
aa) Im Falle der Sicherungsübertragung	330
bb) Im Falle der Verpfändung	333
b) Sonstige Verfügungen	336
aa) Übertragung und Belastung nach Sicherungsübertragung	336
bb) Übertragung und Belastung nach Verpfändung	337
cc) Verzicht	339
(1) Rechtslage für die verschiedenen Schutzrechte	339
(2) Stellungnahme	342
2. Rechtshandlungen des Sicherungsnehmers	343
a) Lizenzerteilung	343
b) Sonstige Verfügungen	344
aa) Berechtigung zu Verfügungen über das Sicherungsgut	344
bb) Ausnahmsweise Unwirksamkeit unzulässiger Verfügungen ..	345
cc) Haftung im Innenverhältnis zum Sicherungsgeber	347
IV. Schlaglicht zur Haftung im Außenverhältnis: Produkthaftung des Sicherungsnehmers für Schäden durch Sicherungsgut- basierte Produkte?	349
1. Grundzüge der Produkthaftung im deutschen Recht	350
2. Allgemeine Haftungsverteilung bei lizenzrechtlich organisierten Produktionsvorgängen	352
a) Lizenzen an Herstellungsrechten	352
b) Lizenzen an Kennzeichen	356
c) Know-how-Lizenzen	358
3. Konsequenzen für eine Produkthaftung von Sicherungs- eigentümern	359
a) Informationshoheit und Einfluss auf den Produktionsprozess	359
b) Ökonomische Analyse	361
c) Quasi-Hersteller-Haftung	363
d) Haftung in Ausnahmekonstellationen?	364
C. Drei- und mehrgliedrige Konstellationen	365
I. Problemstellung	365
II. Der Umgang mit Vertragsnetzen im allgemeinen Zivilrecht	367
1. <i>Möschel</i> und <i>Robe</i> : der „Netzvertrag“	367
2. <i>Teubner</i> : Das Konzept des Vertragsverbunds	370
3. <i>Grundmann</i> : Bewältigung mit Hilfe des existierenden Vertragsrechts	373
4. Weitere Positionen	377
III. Diskussionsanstöße für den Bereich der IR-Besicherung	379
1. Netzwerkdimension einer Besicherung mittels lizenzierter Schutzrechte	379

2. Grundlegender rechtlicher Ansatz	381
3. Vertragsübergreifende Verhaltensanforderungen und ihre Durchsetzung	384
a) Information	384
b) Kooperation im Übrigen	385
c) Zuweisung von Verhaltenspflichten und Haftung	387
d) Fazit – normative Basis	389
4. Rückwirkungen auf die Teilverträge	390
a) Pflichtenstellungen	390
b) Wegfall der Geschäftsgrundlage	391
 Teil 5: Das Ende des Sicherungsverhältnisses	395
A. Rückführung des Sicherungsgutes nach Tilgung der gesicherten Forderung	395
B. Sicherungsfall und Verwertung	397
I. Leitprinzipien für den Verwertungszugriff	397
II. Sicherungsfall und Ausmaß des Verwertungszugriffs	399
1. Eintritt des Sicherungsfalls	399
2. Teilverwertung und Auswahl der Sicherheiten	400
3. Urheberrechtliche Zustimmungsvorbehalte	402
III. Verwertung von IR-Sicherheiten: Normative Analyse	405
1. Pfandverwertung	405
a) Vollstreckungszugriff	405
b) Verwertung in Gestalt der Überweisung, § 835 Abs. 1 ZPO	408
aa) Überweisung an Zahlungen statt, § 835 Abs. 1 Alt. 2 ZPO	408
bb) Überweisung zur Einziehung, § 835 Abs. 1 Alt. 1 ZPO	409
c) Anordnung einer anderen Verwertungsart nach § 844 ZPO	411
aa) Voraussetzungen und Verfahren für die Durchführung einer „anderen Verwertungsart“	411
bb) Überweisung zum Schätzwert	413
cc) Öffentliche Versteigerung	414
dd) Sequestration – Verwertung durch Lizenzvergabe	415
(1) Das Instrument der Lizenzvergabe	416
(2) Verwertung durch Gläubiger oder Treuhänder	416
(3) Kooperation der Sicherungsparteien	417
(4) Inhaltliche Ausgestaltung	418
(5) Das Ende der Verwertungsphase	418
ee) Freihändiger Verkauf	420
d) Festlegung der Verwertungsmodalitäten durch Partei- vereinbarung	421
2. Verwertung im Falle der Sicherungsübertragung	423

a)	Zulässige und unzulässige Verwertungsformen	423
b)	Bestimmung der Verwertungsform	426
c)	Eckpunkte für eine Durchführung der Verwertung am Beispiel des freihändigen Verkaufs	429
d)	Insbesondere: Das Verhältnis zu Drittbeteiligten	432
aa)	Information – Kooperation bei der Übernahme von Lizenzverträgen	432
bb)	Zustimmungsrecht und Zustimmungspflicht eines drittbeteiligten Stammrechtsinhabers?	434
(1)	Rechtslage im Urheberrecht	434
(2)	Gewerbliche Schutzrechte	436
(3)	Übergang des Lizenzvertrages	437
3.	Besonderheiten der Verwertung von Unionsschutzrechten ...	437
IV.	Denkanstöße für eine Reform der Verwertungsregeln	439
1.	Dysfunktionalität der Regeln über die Pfandverwertung	439
2.	Lückenhaftigkeit des Rechtsbestands zur Verwertung bei der Sicherungsübertragung	443
3.	Einheitliche Neuregelung der Verwertung von (IR-)Sicherungsgut?	445
a)	Ausdrückliche Normierung	445
b)	Relevante Verwertungsformen	446
c)	Funktionale Zuständigkeit	447
d)	Einheitlicher Verwertungsmechanismus?	448
C.	Insolvenzrechtliche Aspekte	449
I.	Immaterialgüterrechte als Bestandteil der Insolvenzmasse	449
1.	Sicherungsrechte an Vorstufen	450
2.	Besonderheiten im Urheberrecht	451
3.	Eintragungsfähigkeit der Insolvenz in die IR-Register	452
II.	Grundzüge der Behandlung von Stammrechten in der Insolvenz	452
1.	Insolvenz des Sicherungsgebers	452
a)	Absonderungsrecht des Sicherungsnehmers	452
b)	Kontroverse um die Verwertungsbefugnis	453
2.	Insolvenz des Sicherungsnehmers	458
III.	Immaterialgüterrechtslizenzen in der Insolvenz	459
1.	§§ 103 ff. InsO und die Grundproblematik ihrer Wirkung auf IR-Lizenzen	459
2.	Reformtendenzen	462
a)	Gesetzgeberische Reformüberlegungen	462
aa)	Gesetzesvorschläge	462
bb)	Reaktionen	463
b)	Vorschläge aus Wissenschaft und Praxis	466

aa) Kautelarkonstruktionen zur Entziehung des Lizenzvertrages aus dem Geltungsbereich des § 103 InsO	466
(1) Lizenzkauf, ausschließliche Lizenzen und Kreuzlizenzen .	466
(2) Aufschiebend bedingte Verfügung über das Schutzrecht ..	468
(3) Einfache Lizenzen – Anwendung des § 47 InsO – besondere Behandlung von Kreuzlizenzen	469
(4) Weitere Gestaltungen	471
bb) Analoge Anwendung insolvenzrechtlicher Normen	472
cc) Insolvenzfestigkeit <i>de lege ferenda</i>	474
c) Insolvenz und US-Lizenzrecht	475
aa) Insolvenz des Lizenzgebers	475
bb) Insolvenz des Lizenznehmers	477
d) Position von UNCITRAL und AIPPI	479
3. Stellungnahme	479
a) Das Ob einer Reform	479
b) Das Wie einer Reform	481
c) Behelfslösungen <i>de lege lata</i>	486
Teil 6: Die rechtsordnungsübergreifende Dimension der IR-Besicherung	489
A. Einführung	489
B. Kollisionsrecht	489
I. Darlehensvertragsstatut	490
1. Nationales Kollisionsrecht	490
2. CLIP-Vorschläge und Bewertung	492
a) Geschichte und Grundprinzipien des CLIP-Projekts	492
b) Keine Sonderregel zum Darlehensvertragsstatut	493
II. Sicherungsvertragsstatut	494
1. Nationales Kollisionsrecht	494
2. CLIP-Vorschläge	495
a) Allgemeine Kollisionsregeln	495
b) CLIP und Sicherungsvertrag	497
3. UNCITRAL-Empfehlungen und ALI Principles	498
4. Bewertung	499
III. Schutzrechtsstatut	504
1. Nationale Schutzrechte	504
a) Traditionelles Vorherrschen des Schutzlandprinzips	504
b) Art. 8, 13 Rom II-VO	507
c) Bedeutung internationaler Konventionen	509
d) Sonderfrage: IR-Lizenzen	512

2. Unionsschutzrechte	515
a) Unionsmarke	515
aa) Geltungsbereich	516
bb) Anknüpfung nach Art. 16 UMV	519
cc) Wandelbarkeit	519
(1) Die Behandlung des Statutenwechsels im allgemeinen internationalen Sachenrecht	520
(a) Grundprinzipien und Dogmatik des Statutenwechsels ..	520
(b) Handhabung von Fällen des Statutenwechsels	523
(2) Implikationen für den Statutenwechsel von Unions- schutzrechten	524
b) Europäisches Patent mit einheitlicher Wirkung	529
aa) Vereinheitlichende Sachregelungen	529
bb) Kollisionsregeln	530
3. CLIP und Parallelprojekte	532
a) Grundregeln	532
b) Rechtswahl	533
c) Objektive Anknüpfung	534
d) Ubiquitäre Rechtsverletzungen	535
e) <i>De minimis</i> -Regel	536
f) Verletzungsfolgen	536
4. Bewertung	538
a) Ungenügender Regelungsbestand	538
b) Rechtswahl und Schutzlandprinzip	540
c) Objektive Anknüpfung – Reichweite	541
d) Ubiquitäre Rechtsverletzungen	543
e) Wandelbarkeit	544
IV. Kollisionsrechtliche Dimensionen von IR-Sicherheiten	544
1. CLIP-Vorschläge	544
a) Grundstruktur	544
b) Auflockerung der Schutzland-Anknüpfung	546
c) Art. 3:802 Abs. 1 lit. a) CLIP – das „dingliche“ Geschäft zur Bestellung des Sicherungsrechts	548
d) Art. 3:802 Abs. 1 lit. b), 3:802 Abs. 2 lit. d) CLIP – Registerfragen ..	550
e) Art. 3:802 Abs. 1 lit. a), c), 3:802 Abs. 2 lit. c), d) CLIP – Erwerb vom Berechtigten und vom Nichtberechtigten	551
f) Art. 3:802 Abs. 1 lit. e), 3:802 Abs. 2 lit. e) CLIP – Verwertung, Prioritäts- und Drittwirkungen	553
g) Art. 3:802 Abs. 3 CLIP – Umdeutung fremdrechtlicher Institute ..	556
2. Nationales Recht und Unionsschutzrechte	557
a) Grundsätzliche Geltung einer ungeschriebenen Schutzlandregel ..	557
b) Auflockerung für den dinglichen Bestellsakt?	558
c) Formstatut	559

d) Grundsätze für Unionsschutzrechte am Beispiel der Unionsmarke	560
e) Europäische Bündelpatente	562
f) Europäische Patente mit einheitlicher Wirkung	563
3. UNCITRAL-Empfehlungen	564
4. Einzelvorschläge	569
5. Bewertung	570
a) Der – begrenzte – Geltungsanspruch des Schutzlandrechts	570
b) „Dingliches“ Transaktionsstatut neben dem Schutzlandrecht	573
c) Registerfragen	577
V. Insolvenzstatut	580
C. Internationales Verfahrensrecht	581
I. Zentrale Verfahrenstypen	581
II. Besonderer Gerichtsstand am Erfüllungsort	582
1. Brüssel Ia-Verordnung und Lugano-Abkommen	582
2. Relevanz des EPGÜ	583
3. CLIP	584
4. Bewertung	584
III. Allgemeiner Gerichtsstand	588
IV. Prorogation und ausschließliche Zuständigkeiten	588
1. Brüssel Ia-Verordnung und Lugano-Abkommen	588
2. CLIP	591
3. Bewertung	592
D. Bedarf nach unionsrechtlicher Vereinheitlichung	596
 Teil 7: Zusammenfassung und Ausblick	 599
A. Grundlegendes	599
I. Empirische Indikatoren für die Schwierigkeiten des Transaktionstyps	599
II. Die IR-Besicherung am Maßstab einer ökonomischen und schutzzweckbezogenen Analyse	600
III. Die wirtschaftliche Bewertung von Schutzrechten	604
B. Das Entstehen der Sicherheit und die Rolle der IR-Register	607
I. Sicherungsformen	607
II. IR-Sicherungsgegenstände	608
1. Eigentumscharakter und Sicherungstauglichkeit von Immaterialgüterrechten	608

2. Patente, Gebrauchsmuster und benachbarte Schutzrechte	611
3. Marken und andere Kennzeichen	614
4. Urheberrechte und verwandte Schutzrechte	615
5. Designrecht	616
6. Know-how und Lizenzen	617
7. Sonstiges Sicherungsgut	618
III. Immaterialgüterrechtliche Besonderheiten der Sicherheiten- bestellung	618
1. Umfang der Rechtsübertragung	618
2. Potentielle Sittenwidrigkeit	621
3. UWG-Verstoß durch Besicherung mittels Marken?	622
IV. Die Rolle der Immaterialgüterrechtsregister – Stand und Entwicklungsperspektiven	623
1. Normative Analyse	623
a) Patent- und Gebrauchsmusterregister im nationalen deutschen Recht	623
b) Besonderheiten des Markenrechts	624
c) Design und Gemeinschaftsgeschmacksmuster	626
2. Reformüberlegungen	626
C. Die Sicherungsphase	628
I. Leitwertungen	628
II. Zweigliedriges Verhältnis	629
1. Nutzungsbefugnis und Rücklizenz	629
2. Erhaltung und Verteidigung des Sicherungsgegenstandes	630
3. Lizenzierungen und Verfügungen in Bezug auf das Sicherungsgut	631
a) Rechtshandlungen des Sicherungsgebers	631
b) Rechtshandlungen des Sicherungsnehmers	632
III. Schlaglicht zur Haftung im Außenverhältnis: Produkthaftung des Sicherungsnehmers für Schäden durch Sicherungsgut- basierte Produkte?	633
IV. Drei- und mehrgliedrige Konstellationen	634
D. Das Ende des Sicherungsverhältnisses	637
I. Tilgung	637
II. Leitprinzipien für den Verwertungszugriff	638
III. Normative Analyse des geltenden Verwertungsrechts	639
IV. Denkanstöße für eine Reform des Verwertungsrechts	641
E. Insolvenzrechtliche Gesichtspunkte	641

F. Die rechtsordnungsübergreifende Dimension der IR-Besicherung	643
I. Kollisionsrecht	643
1. Darlehensvertragsstatut	643
2. Sicherungsvertragsstatut	643
3. Schutzrechtsstatut	644
4. Kollisionsrechtliche Dimensionen von IR-Sicherheiten	646
II. Internationales Verfahrensrecht	648
III. Bedarf nach unionsrechtlicher Vereinheitlichung	650
G. Ausblick: Immaterialgüterrechte als Transaktionsgegenstand	651
I. Transaktionsszenarien und Wünschbarkeit einer transaktiven Funktionsakzentuierung des Immaterial- güterrechts	651
II. Mehrseitigkeiten und Mehrdeutigkeiten	653
III. Territorialität und Vereinheitlichung	654
IV. Die Wechselwirkung von Markt und Recht	654
Literaturverzeichnis	657
Sachregister	695

Teil 1:

Einleitung

Kreditgeschäfte und Immaterialgüterrechte bilden kein evidentes Assoziationspaar. Was haben schon Mahlers Symphonien oder das Penicillin mit dem schönen Verleih von Geld gegen Zins zu schaffen? Einem genaueren Blick werden indes Verbindungslinien deutlich. So nimmt die Bedeutung immaterialgüterrechtlichen (im Folgenden auch: „IR“) Vermögens für den Wirtschaftskreislauf tendenziell zu und damit wird auch die Frage nach seinem Potential als Kreditsicherungsmittel dringlicher. Auch teilen, wie noch näher zu entfalten sein wird, Kreditsicherung und Immaterialgüterschutz trotz ihrer ungleichartigen Gestalt das Ziel ökonomischer Wohlfahrtsmehrung. Insofern ist also ihr Zusammenwirken in teleologischer Hinsicht vorgezeichnet. Die vorliegende Arbeit will dem Potential des Ineinandergreifens der beiden Rechtsgebiete nachspüren, Hemmnisse eruieren, Handlungsbedarf und Handlungsoptionen der Rechtsordnung aufzeigen. Hierzu orientiert sich der Gang der Darstellung, nachdem empirische, ökonomische und rechtliche Grundlagen gelegt sind, an den zentralen Abschnitten einer Kreditsicherungstransaktion, von der Bestellung der Sicherheit über die Phase der Kredittilgung („Sicherungsphase“) bis zum Ende des Kreditsicherungsverhältnisses durch vollständige Tilgung oder Eintritt des Sicherungsfalls. Da zudem insolvenzrechtliche Aspekte einbezogen und Akzente auf die registerrechtliche sowie die grenzüberschreitende Dimension gesetzt werden, ist der sich hieraus formende Untersuchungsgegenstand sehr facettenreich. Eine einzige Monographie kann ihn sinnvoll nur behandeln, indem sie sich selbst beschränkt und Schwerpunkte setzt. Hierzu gehört es, dass auf beiden Seiten des Kreditgeschäfts die Existenz nur je einer Person unterstellt wird, Sicherungsnehmer und Darlehensgläubiger also ebenso personenidentisch sind wie, auf der anderen Seite der Transaktion, Sicherungsgeber und Darlehensschuldner. Weitere thematische Beschränkungen werden an den jeweiligen Stellen der Untersuchung kenntlich gemacht. Schon hier sollen aber auch drei Analyseschwerpunkte herausgehoben werden: Mit zwei grundsätzlichen Abschnitten, aber auch in Gestalt der Behandlung zahlreicher Detailfragen wird das Verhältnis des Immaterialgüterrechts zum allgemeinen Zivilrecht, vor allem natürlich zu dessen kreditsicherungsrechtlichen Vorschriften, adressiert. Die deutsche Rechtsordnung sollte dieses Verhältnis nicht zuletzt für Situationen klar bestimmen können, in denen ausländische Gerichte und Behörden deutsches Recht im Zuge einer grenzüberschreitenden IR-Kreditsiche-

Transaktionsgegenstand anzuwenden und das Ineinandergreifen der beiden Rechtsbereiche bewältigen müssen. Damit ist der kollisionsrechtliche Schwerpunkt der vorliegenden Untersuchung angesprochen. Die unter anderem aus der Multi-Jurisdiktionalität vieler Immaterialgüterrechtsportfolios – also dem Umstand, dass diese Schutzrechte enthalten, die von unterschiedlichen Rechtsordnungen verliehen wurden – resultierende grenzüberschreitende Dimension ist ein sehr bedeutsames Charakteristikum der IR-Kreditbesicherung. In Bezug auf die Europäische Union entsteht eine besondere Facette dadurch, dass als Inhalt von IR-Portfolios nicht nur nationale Schutzrechte in Betracht kommen, sondern auch Unionsschutzrechte, die für das Unionsgebiet verliehen wurden und unter Umständen neben nationale Schutzrechte an demselben Schutzgegenstand treten. Gerade international bedeutsame Immaterialgüterrechtsordnungen – was sich vom Unionsrecht aber auch vom deutschen Recht sagen lässt – müssen beim Design ihres Rechtsrahmens stets auch die kollisionsrechtliche Funktionsfähigkeit mit im Blick haben. Hieraus resultiert, wie noch eingehender zu erläutern sein wird, unter anderem das Bedürfnis nach weiterer Rechtsvereinheitlichung auf Unionsebene. Eine große Bedeutung des kollisionsrechtlichen Aspekts lässt sich auch für den dritten Schwerpunkt attestieren, der hier genannt werden soll, nämlich das „*bigger picture*“ des Einsatzes von Immaterialgüterrechten als Transaktionsgegenstand. Kreditsicherungstransaktionen unter Einsatz von Immaterialgüterrechten bilden nur eine Teilmenge dieser übergeordneten Dimension. Aus der Detailbetrachtung dieser Teilmenge können aber Rückschlüsse für die gesamte Transaktionsdimension getroffen werden. Auch diesen Schritt geht die vorliegende Untersuchung in ihrem Schlussteil. Sie will damit, wenn gleich nur in Gestalt eines Diskussionsanstoßes, einen Beitrag dazu leisten, dass die Transaktionsdimension stärker in das Blickfeld von Wissenschaft und Praxis gerät. Denn das positive Potential des Immaterialgüterrechtsschutzes kann nur dann voll verwirklicht werden, wenn auch der Einsatz von Schutzrechten als Transaktionsgüter eine sachgerechte Ausgestaltung findet.

Teil 2: Grundlagen

A. Empirisches – Vertragspraxis

Die Auseinandersetzung mit dem Phänomen der IR-Kreditbesicherung kann bedauerlicherweise nicht auf breit angelegten, empirischen Studien aufbauen. Um einen Eindruck von den tatsächlichen Gegebenheiten zu gewinnen, muss sie vielmehr auf einzelne Mosaiksteine wie Einschätzungen von Praktikern, im Markt verbreitete Vertragsmuster oder begrenzte Datenerhebungen zurückgreifen. Mit diesem Befund ist zugleich der Aufruf an Juristen und Ökonomen verbunden, den Erkenntnisstand durch gezielte empirische Forschung zu verbessern.

I. Einsatzgebiete für die IR-Kreditbesicherung

Richtet man an das zur Verfügung stehende Material die Frage, in welchen Kontexten Immaterialgüterrechte als Kreditsicherheiten eingesetzt werden, so bildet die Finanzierung von Jungunternehmen einen Teil der Antwort.¹ Das Bild vom Start-up, welches eine vielversprechende Idee in Markterfolg ummünzen will und den hierfür benötigten Kredit mit seinem an der Idee erworbenen Schutzrecht besichert, ist vielleicht sogar die erste Assoziation, die sich mit dem Geschäftstypus verbindet. In einem engen Sinne erfolgt IR-Besicherung in diesem Bereich, wenn einem Darlehensgeber Sicherungsrechte an Immaterialgüterrechten des Start-up bestellt werden. Tendenziell ist eine solche Gestaltung eher von Banken zu erwarten.² Bei einem weiten Begriffsverständnis kann man aber auch Gestaltungen einbeziehen, in denen ein Investor Rechte an dem Rechtsträger erwirbt, welcher die Schutzrechte hält.³ Bestätigt wird diese

¹ Vgl. etwa *Hahn*, Start-up-Unternehmen, § 5.6.4.1.3, § 7.2.1.3.4.3, auch zur Förderfähigkeit des Immaterialgüterrechtserwerbs durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau mit ihrem ERP-Vermögen sowie zur Bedeutung der Existenz von Schutzrechten für die Investitionsentscheidung von Risikokapitalgebern.

² *Hahn*, Start-up-Unternehmen, § 5.7; *Weitnauer/Weitnauer*, Venture Capital, Rn. 1, auch dazu, dass Banken die Finanzierung in Gestalt der Stellung von Eigenkapital nicht ohne Weiteres anstelle der besicherten Kreditvergabe anbieten können, u.a. wegen der Eigenkapitalanforderungen i.R.d. Basel II-Vorgaben.

³ Zu entsprechenden Strategien durch Risikokapitalgeber, u.U. aber auch durch Banken

Einschätzung dadurch, dass in der Praxis sogar spezifische Vehikel zum Einsatz kommen, deren einziger Zweck das Halten von kreditsichernden Schutzrechten ist.⁴ Die Besicherung von Investments durch Anteilerwerb an Rechtsträgern, deren zentrale Vermögenswerte aus Immaterialgüterrechten bestehen, ist aus rechtlicher Sicht keine spezifisch kreditsicherungsrechtliche Transaktion unter Einsatz von Immaterialgüterrechten. Sie wird in der vorliegenden Untersuchung daher nicht im Fokus stehen. *Wirtschaftlich* betrachtet gehören solche Gestaltungen aber zum Gesamtphänomen immaterialgüterrechtlich abgestützter Kapitalbeschaffung.⁵ Durch diese Erkenntnis erhöht sich auch die Relevanz der allgemeinen, nicht von Details der rechtlichen Gestaltung abhängigen Befunde der nachfolgenden Untersuchung. Ein weiteres Einsatzgebiet neben der Gründungsfinanzierung bildet die Finanzierung von M&A-Transaktionen.⁶ Weniger intuitiv mit dem Immaterialgüterrecht verknüpft, steuert es gleichwohl das vermutlich sogar größere Volumen an IR-Kreditsicherungsgeschäften bei. Denn zur Besicherung der oft sehr hohen Kreditsummen in diesem Bereich werden nach der Vertragspraxis typischerweise alle erreichbaren Vermögenswerte des Schuldners eingesetzt. Hierzu gehört dann aber auch sein Immaterialgüterrechtsportfolio,⁷ wie die dem Verfasser zugänglichen, in der Praxis verwendeten Vertragsmuster⁸ bestätigen.

Einen verhältnismäßig klaren, die genannten Einsatzgebiete verifizierenden Einblick verschafft für das Vereinigte Königreich, die Studie von *Townend*. Ihm zufolge werden, nach der Registerlage zu schließen,⁹ Immaterialgüterrechte zwar durchaus verbreitet als Kreditsicherheiten eingesetzt.¹⁰ Es wäre aber ein Trugschluss, wollte man hieraus ableiten, dass die IR-Besicherung ein tragender Pfeiler des britischen Kreditwesens ist. Denn die Bestellung von Si-

mithilfe spezieller Beteiligungsvehikel *Hahn*, Start-up-Unternehmen, § 5.7, § 7.2.1.3.4.3; *Werner/Kobabe*, Finanzierung, S. 38.

⁴ *Burton/Bienias/Quinn*, Intellectual Property as Collateral, 3.

⁵ Eingehend zu den verschiedenen Finanzierungsinstrumenten (z.B. Bankdarlehen, Business Angels, Venture Capital-Gesellschaften, Fonds, Management Buy-Out), ihrer grundsätzlichen Alternativität, aber auch spezifischen Eignung für bestimmte Phasen und Arten von Unternehmen *Hahn*, Start-up-Unternehmen, § 5.

⁶ S. mit dem Beispiel der Umwandlung des Fußballvereins Dortmund in eine Kapitalgesellschaft *Warth*, Markenkreditsicherung, S. 2; *Albrecht/Hombrecher*, WM 2005, 1659, 1660; *Fezer/Niebel*, Handbuch Markenpraxis, S. 2310. Aus angloamerikanischer Sicht *Simensky/Gootkin*, Security Interests in Intangible Assets, S. 455 f.

⁷ *Warth*, Markenkreditsicherung, S. 2; *Fammler*, WRP 2006, 534, 534; *Fezer/Niebel*, Handbuch Markenpraxis, S. 2310.

⁸ Dem Verfasser lagen eine Reihe von Vertragsmustern internationaler Wirtschaftskanzleien vor. Es wird jedoch davon abgesehen, die Herkunft der herangezogenen Vertragsklauseln zu benennen.

⁹ Zur relativ flächendeckenden Eintragung von IR-Sicherheiten in und als Folge der Existenz von teilweise konstitutiven, allgemeinen Registern für Kreditsicherheiten s. *gleich*.

¹⁰ *Knopf/Townend*, Security Interests in Intellectual Property, S. 419 f.

cherheitsrechten am immateriellen Vermögen des Schuldners geschieht offenbar eher der Sorgfalt und Vollständigkeit halber, um im Sicherungsfalle Zugriff auf wirklich das gesamte, potentiell relevante Vermögen des Schuldners zu haben.¹¹ Dementsprechend werden die sichernden Immaterialgüterrechte vom Gläubiger während der Sicherungsphase offenbar nicht allzu engmaschig überwacht und ihr möglicher Wert fließt nur begrenzt in die Bestimmung des mit dem Kredit verbundenen Risikos und der hiernach angemessenen Konditionen ein.¹² Die Mehrzahl der Akteure im allgemeinen Kreditgeschäft hat Vorbehalte gegen IR-Sicherheiten, weil diese als komplex zu bestellen und wenig wertstabil gelten.¹³ Ausnahmen bilden in sachlicher Hinsicht die Filmindustrie sowie im Hinblick auf die Gläubigerstellung wenige, hoch spezialisierte Finanziere mit entsprechender Marktkenntnis.¹⁴ Gerade dieser Typus von Akteuren wird auch als ein Schlüsselgrund angesehen, warum die Kreditbesicherung mittels Urheberrechten in der Filmindustrie eine wichtige Rolle spielt. Hinzu kommt die insgesamt recht beschränkte Zahl an Teilnehmern in diesem Markt, welche Geschäftsbeziehungen erlaubt, die stark auf Vertrauen und Reputation gegründet sind anstatt auf objektive wirtschaftliche Bewertung und einen weit entwickelten Rechtsrahmen.¹⁵ Letztendlich bleiben den Parteien von Darlehensverhältnissen in diesem Marktsektor zudem wenig Alternativen, da außer den filmbezogenen Urheberrechten zumeist keine attraktiven Sicherungsgegenstände vorhanden sind.¹⁶

Im Gleichklang mit *Townend* konstatieren auch andere Autoren, dass die IR-Besicherung und ihr wirtschaftliches Potential jedenfalls in Europa noch in einem Entwicklungsstadium ist.¹⁷ Vielfach werden Immaterialgüterrechte – noch – als relativ wenig relevante Sicherungsgegenstände angesehen, jedenfalls im Vergleich mit „klassischem“ Sicherungsgut wie etwa Produktionsanlagen oder Grundvermögen.¹⁸ Die Gründe hierfür sind sicherlich vielfältig. Zu ihnen dürfte eine mangelnde Vertrautheit mancher Akteure mit dem Immate-

¹¹ Knopf/*Townend*, Security Interests in Intellectual Property, S. 419 f., der von Immaterialgüterrechten als „secondary security“ spricht.

¹² Knopf/*Townend*, Security Interests in Intellectual Property, S. 419.

¹³ Knopf/*Townend*, Security Interests in Intellectual Property, S. 421.

¹⁴ Knopf/*Townend*, Security Interests in Intellectual Property, S. 420 f.

¹⁵ Eingehend Knopf/*Townend*, Security Interests in Intellectual Property, S. 448 ff., auch zum Einsatz von spezialisierten Agenten, welche das Verhältnis zwischen Kreditgebern und der Filmindustrie herstellen und betreuen.

¹⁶ Knopf/*Townend*, Security Interests in Intellectual Property, S. 448.

¹⁷ *Fammler*, WRP 2006, 534, 535, in Bezug auf Gemeinschaftsmarken; *Ballestrem*, Sicherungsübertragung, S. 5, 262 ff.

¹⁸ *Ballestrem*, Sicherungsübertragung, S. 265. Bezeichnend ist etwa die Behandlung der Thematik im Standardwerk „Bankrecht und Bankpraxis“, wo die Sicherungsübereignung von Immaterialgüterrechten, das Urheberrecht gänzlich aussparend, in nur drei kurzen Randnummern Platz findet und auch als Sicherungsmöglichkeit nur „ins Auge gefasst“ wird; *Huber* in BuB, Rn. 4/736–4/736b.

rialgüterrecht ebenso zählen wie eine noch zu begrenzte wissenschaftliche Diskussion,¹⁹ aber auch die Perzeption, dass Immaterialgüterrechte schwer zu bewerten, komplex sowie in ihrem rechtlichen Bestand²⁰ und ihrem Markterfolg gefährdet sind.²¹ Umgekehrt trägt eine aus diesen Erwägungen resultierende Zurückhaltung in der Nutzung von IR-Sicherheiten nichts zu einer Verbesserung der Situation bei. „Teufelskreis“ ist ein zu großes Wort, aber mangelnde Vergleichsdaten für bessere Bewertungsergebnisse²² und mangelnde Erfahrung der Praxis haben auch mit dem Fehlen eines intensiv genutzten Marktes²³ für IR-Sicherheiten zu tun. Wenn gerade wegen dieser Ineffizienzen und der hieraus erwachsenden Vorbehalte ein solcher Markt aber auch nicht entsteht, kann sich die Situation nicht bessern.²⁴

II. Die Vertragspraxis und ihre Probleme

Nicht zuletzt mit der „Bausch und Bogen“-Verwendung von Immaterialgüterrechten zur Besicherung von M&A-Finanzierungen²⁵ sind zugleich Probleme angesprochen, die den ganzen Transaktionstypus prägen. So zeigt sich an mancher Stelle eine gewisse Oberflächlichkeit in der rechtlichen Behandlung von IR-Sicherungsgegenständen, die auch in der soeben beschriebenen Skepsis und mangelnden Vertrautheit der jeweiligen Akteure wurzeln mag. Beispielsweise findet sich in den Vertragsmustern auch internationaler Wirtschaftskanzleien die Verpfändung „der Urheberrechte“ des Sicherungsgebers, obgleich dies teilweise – nämlich in Ansehung der Urheberpersönlichkeitsrechte – gar nicht rechtlich zulässig ist.²⁶ Sollen die gewerblichen Schutzrechte des Sicherungsgebers mit Standardklauseln erfasst werden, stellen die Vorlagen eigenartigerweise nur auf eingetragene Rechte ab, obgleich damit beispielsweise Marken kraft Verkehrsgeltung (§ 4 Nr. 2 MarkenG) ausgeschlossen sind. Lizenzen, die der Sicherungsgeber selbst genommen hat und dann als Sicherungsgut einsetzen

¹⁹ Ballestrem, Sicherungsübertragung, S. 265; auch schon Sericke, EV und Sicherungsübertragung, Bd. II, § 29 I 1, S. 451.

²⁰ S. zu den offenbar hohen – allerdings in ihrer Aussagekraft auch stark bestrittenen – Vernichtungsquoten in Patentverfahren K. Cremers et al. Patent Litigation in Europe; Hess/Müller-Stoy/Wintermeier, Mitt. 2014, 439; Allison/Lemley/Schwartz, 92 Texas L. Rev. 1769 (2014), jeweils mit den dort aufgearbeiteten Studien.

²¹ Ballestrem, Sicherungsübertragung, S. 265.

²² S.a. unten T:2.C.II.

²³ Warth, Markenkreditsicherung, S. 55.

²⁴ Vgl. auch Ballestrem, Sicherungsübertragung, S. 263, mit der Forderung einer Schaffung von spezialisierten Handelsplattformen unter Verweis auf eine entsprechende Initiative der Bundestagsfraktion der FDP.

²⁵ Warth, Markenkreditsicherung, S. 2; Fammler, WRP 2006, 534, 534, Fezer/Niebel, Handbuch Markenpraxis, S. 2310.

²⁶ Eingehend hierzu T:3.A.II.6.

könnte, werden praktisch gar nicht ausdrücklich adressiert,²⁷ obgleich sie von hohem Wert sein können. Die Vertragsmuster sprechen – wenn überhaupt – lediglich von Lizenzen, die der Sicherungsgeber an seinen Stammrechten erteilt. Auch dann und insoweit bleiben sie aber hinter dem eigentlichen Gestaltungsbedarf zurück, indem sie beispielsweise keine Vorsorge für den Fall der Insolvenz des Sicherungsgebers oder Lizenznehmers treffen und keine Kooperationsmechanismen im Dreiecksverhältnis aus Sicherungsgeber, Lizenznehmer und Sicherungsnehmer installieren.

Auch wenn sich mit Blick auf die gewählte Sicherungsform keine belastbaren statistischen Aussagen treffen lassen, wird neben der Sicherungsübertragung offenbar auch von der Verpfändung reger Gebrauch gemacht, was angesichts der beschwerlichen Verwertbarkeit von IR-Pfandrechten²⁸ durchaus erstaunt. Immerhin deckt sich der Befund mit empirischen Erhebungen außerhalb des IR-Kreditsicherungskontextes, wonach das Pfandrecht zwar bei einer Betrachtung über alle Sicherungsgegenstände hinweg weit weniger genutzt wird als die Sicherungsübertragung, speziell bei der Besicherung mittels Rechten aber einige Relevanz hat.²⁹ Ein Grund, warum dies gerade auch für IR-Sicherungsgegenstände gilt, mag die Furcht vor einer (Produkt-)Haftung für Schäden aus der Nutzung des Immaterialgüterrechts sein.³⁰

Die Registrierung von Sicherungsrechten wird im verfügbaren Vertragsmaterial durchweg in die grundsätzliche Entscheidung des Sicherungsnehmers gestellt; teils kann dieser indes Registrierung erst ab Eintritt des Sicherungsfalles oder gleichgestellter Ereignisse verlangen. Diese Gestaltung birgt für den Sicherungsnehmer erhebliche Risiken, weil insbesondere Rechte an Unionsschutzrechten ohne Registrierung keine Drittwirkungen entfalten.³¹ Und noch weitergehend kann man die Frage stellen, ob die generelle Tendenz der Nichteintragung von Sicherungsrechten – mag sie auch im Parteiinteresse liegen – ein für die sonstigen betroffenen Verkehrsteilnehmer und damit für die Rechtsgemeinschaft gedeihlicher Zustand ist.³² Schwierigkeiten als Folge einer unzuverlässigen Registerlage schlagen sich aber auch in den Vertragsmustern selbst nieder, nämlich in umfangreichen Listen der erfassten Schutzrechte, die der Si-

²⁷ Natürlich bleibt eine Erfassung im Wege ausdehnender Vertragsauslegung denkbar; rechtssicher und optimal mandantengünstig ist das aber nicht.

²⁸ Hierzu T:5.B.III.1.

²⁹ AK InsO Köln/*Gottwald/Adolphsen*, Rn. 51 ff. m.w.N., allerdings auf Erhebungen, die bereits aus den 1980-er Jahren stammen (vgl. auch AK InsO Köln/*Adolphsen*, Rn. 50). Von einer häufigeren Nutzung der Sicherungsübertragung, die aber die Pfandrechtsbestellung nicht völlig verdrängt, berichtet auch Fezer/*Niebel*, Handbuch Markenpraxis, S. 2312, 2332 f., der die fortdauernde Bedeutung der Verpfändung nicht zuletzt auf die Üblichkeit von Vertragspfandrechten (*pledge*) in angloamerikanischen Rechtsordnungen zurückführt.

³⁰ Hierzu T:4.B.IV.

³¹ Hierzu T:3.B.I.

³² Hierzu T:3.B.II.

cherungsgeber regelmäßig aktualisieren muss, sowie in umfänglichen Zusicherungen über das Fehlen von Drittrechten an den sichernden Schutzrechten.

Wichtige Gesichtspunkte der Sicherungsphase sind in den Vertragsmustern nur stückweise aufgegriffen. So fokussieren die ausdrücklich genannten Pflichten zur Erhaltung der sichernden Schutzrechte teils auf die Zahlung von Verlängerungsgebühren und blenden die Abwehr von Angriffen auf ihre Rechtsbeständigkeit (etwa: Nichtigkeitsklagen) oder auch die Verfolgung von Schutzrechtsverletzern aus. Besonders misslich kann dies im Falle einer Sicherungsübertragung mit Rücklizenz sein, weil die Prozessführungsbefugnis dann durchaus eine vertragliche Gestaltung erfordern kann.³³ Auch andere Aspekte der Rücklizenz bei Sicherungsübertragung entbehren vielfach genügender vertraglicher Präzisierung, so etwas das Recht zur Gewährung von Unterlizenzen. Eine Aufgabe von Schutzrechten (etwa durch Nichtverlängerung) wird dem Sicherungsnehmer typischerweise dann erlaubt, wenn sie wirtschaftlich sinnvoll oder zumindest nicht schädlich ist. Teils muss ohnehin der Sicherungsnehmer im Vorhinein zustimmen. Pflichtenbeschreibungen mit umgekehrter Stoßrichtung, die den Sicherungsnehmer über eine schlichte Erhaltung des Schutzgutes hinaus zur intensiven Nutzung desselben oder zum Ergreifen neuer Geschäftschancen anhalten würden, fehlen hingegen gänzlich.³⁴

Als Verwertungsform bei einer Verpfändung geben die Vertragsmuster einhellig die öffentliche Versteigerung vor. Diese für den Sicherungsnehmer eigentlich suboptimale Gestaltung dürfte sich aus der restriktiven Haltung der pfandrechtlichen Regelungen gegenüber anderen Verwertungsformen erklären.³⁵ Für die Verwertung von sicherungsübertragenen Schutzrechten ist hingegen einhellig die Veräußerung vorgesehen. Andere Verwertungsformen neben freihändigem Verkauf und öffentlicher Versteigerung, wie etwa die Sicherungslizenzierung, werden offenbar nicht standardmäßig vertraglich eingeräumt.

Ein erstaunliches Bild bietet sich schließlich im kollisionsrechtlichen Teil der Gestaltung. Ausnahmslos wird dort kurz und bündig die Geltung deutschen Rechts festgelegt. In keiner Weise ist damit der teilweise zwingenden Geltung ausländischen Schutzlandrechts für ausländische Schutzrechte³⁶ Rechnung getragen. Weder kann dies dadurch begründet werden, dass etwa nur deutsche Schutzrechte erfasst werden sollen, weil dieselben Vertragsmuster eindeutig auch ausländische und Unionsschutzrechte als Sicherungsgegenstände aufzählen. Noch handelt es sich etwa nur um schuldrechtliche Sicherungsverträge, die der Rechtswahl in weiterem Umfang zugänglich wären als die zugehörigen dinglichen Rechtsgeschäfte. Denn die dingliche Einigung über die Bestellung

³³ Zu dieser Gestaltung näher T:4.B.II.

³⁴ Zu diesem Gesichtspunkt T:4.B.I.

³⁵ Näher T:5.B.III.1.

³⁶ Hierzu T:6.B.III., IV.

des jeweiligen Sicherungsrechts erfolgt in derselben Urkunde wie die genannte Rechtswahlklausel.

B. Teleologische Analyse: Die IR-Besicherung im Schnittfeld der rationes von Immaterialgüterrecht und Kreditsicherungsrecht

Verknüpft man den Befund einer gegenwärtig unbefriedigenden Situation im Hinblick auf IR-Besicherungen mit der Annahme, dass diese auch auf Schwächen des Rechtsrahmens für solche Transaktionen zurückzuführen ist, gelangt man zum Bedarf nach einer normativen Analyse des positiven Rechts. In der Tat wird die Untersuchung im Folgenden den deutschen und europäischen Rechtsbestand auf Fehlstellungen durchmustern. Eine solche Analyse muss in die Details gehen und mehrere Rechtsgebiete überspannen. Gerade hierin liegt aber auch die Gefahr, dass sie sich in den Einzelheiten und Eigenheiten des jeweiligen rechtlichen Kontextes verliert und sozusagen nur an den kleinen Stellschrauben dreht. Analyse und Lösungsvorschläge müssen sich aber auch an Fundamentbewertungen orientieren, die in diesem Abschnitt herauszuarbeiten sind. Als zentral erscheint hierfür die Frage, welche Regelungsziele das Immaterialgüterrecht einerseits, das Kreditsicherungsrecht andererseits verfolgen und wie die IR-Kreditbesicherung im Schnittbereich dieser Rechtsgebiete als Instrument eingesetzt werden kann. Bedenkt man, dass Sicherungsgeschäfte ein Unterfall von Transaktionen über Immaterialgüterrechte sind, so kann die teleologische Analyse gerade auch für diesen Gesamtkontext einen Mehrwert liefern.

I. Zwecksetzungen des Immaterialgüterrechts

Eine teleologische Verortung der Kreditbesicherung mittels Immaterialgüterrechten muss von der Rückbesinnung darauf ausgehen, weshalb geistige Leistungen durch eigentumsartige Rechtspositionen geschützt werden. *Machlups* klassische Systematisierung der Schutzzweck-Facetten,³⁷ aus denen der Gesetzgeber diese Entscheidung abgeleitet hat, unterscheidet zwischen Eigentumstheorie, Belohnungstheorie, Ansporntheorie und Offenbarungstheorie.³⁸

³⁷ *Machlup*, Patent System, S. 19 ff.

³⁸ So für die deutschsprachige Terminologie etwa *Kraßer/Ann*, Patentrecht, § 3 II, S. 39 ff., auch m.w.N. zu abweichenden Kategorisierungen.

1. Nicht-funktionale Ansätze

Für die beiden erstgenannten Theorien ist charakteristisch, dass sie nicht so sehr funktional mit den Wirkungen argumentieren, welche die Schutzrechte in der Zukunft hervorrufen sollen.³⁹ Das Schutzrechtssystem setzt hiernach vielmehr die Vorgaben übergeordneter Rechtssätze um. Aus Sicht der Eigentumstheorie ist dies ein naturrechtlich verbürgtes Anrecht von Schöpfern geistiger Leistungen auf Inhaberschaft an der Schöpfung.⁴⁰ Die Belohnungstheorie führt demgegenüber eher Gerechtigkeitsüberlegungen ins Feld und ist vor allem weniger auf ein Eigentumsrecht des Schöpfers fokussiert, solange ihm nur ein Anteil aus den wirtschaftlichen Erträgen seiner Schöpfung verschafft wird.⁴¹

Besonders bedeutsam ist diese Deutungslinie für das Urheberrecht. Denn wenn man die teleologischen Besonderheiten des Urheberrechtsschutzes auf eine Aussage verkürzen möchte, liegt diese wohl darin, dass die utilitaristische Dimension in der Schutzrechtfertigung eine weniger prominente Rolle spielt als bei den gewerblichen Schutzrechten. Jedenfalls in den kontinentaleuropäischen Rechtsordnungen (weniger im angloamerikanischen Recht)⁴² ist schon früh⁴³ neben sie eine persönlichkeitsrechtliche Dimension getreten:⁴⁴ Der Urheber hat ein Menschenrecht auf Inhaberschaft an seiner geistigen Leistung⁴⁵ und diese Inhaberschaft verwirklicht sich vor allem auch in Gestalt des Urheberpersönlichkeitsrechts, das im Prinzip untrennbar dem Schöpfer als Individuum verbunden und daher in weiten Teilen nicht rechtsgeschäftlich übertragbar ist.⁴⁶ Hinzu kommen Kontrollrechte (etwa in Gestalt von Zustimmungsrchten) auch in Bezug auf die fungiblen Bestandteile des Urheberrechts, die stärker ausgestaltet sind als bei den gewerblichen Schutzrechten.⁴⁷ Freilich ist der Urheber keineswegs ausschließlich auf einen persönlichkeitsrechtlich-ideellen Schutz oder eine negative Kontrolle der wirtschaftlichen Nutzung seiner

³⁹ Eingehend *Ann*, GRUR Int 2004, 597.

⁴⁰ *Osterrieth*, Patentrecht, Rn. 15; zu den Ursprüngen in der Philosophie *Fichtes*, *Oechsler*, GRUR 2009, 1101, 1102 ff.

⁴¹ *Idem*, Rn. 7. Überraschenderweise ist die innere Beziehung zwischen diesem dogmatischen Ansatz und der Diskussion um die Ausgestaltung des IR-Schutzes als bloße *liability rule* anstelle eines vollumfänglichen, exklusiven Eigentums- und Verbotsrechts in der wissenschaftlichen Diskussion noch nicht präsent.

⁴² Zum utilitaristischeren Grundverständnis etwa des US-Rechts *Dreier/Schulze/Dreier*, UrhG, Einleitung Rn. 10.

⁴³ Zur Herausbildung der Rechtsposition des Urhebers seit dem 18. Jahrhundert *Loewenheim/Vogel*, Hdb. Urheberrecht, § 2.

⁴⁴ *Loewenheim/Loewenheim*, Hdb. Urheberrecht, § 1 Rn. 4 m.w.N.

⁴⁵ Zur naturrechtlichen und verfassungsrechtlichen Verankerung des Urheberrechts, das also vom Gesetzgeber nicht einfach entzogen werden könnte, etwa BGHZ 17, 266, 278 – *Grundig-Reporter*.

⁴⁶ *Dreier/Schulze/Dreier*, UrhG, Einleitung Rn. 3 ff.

⁴⁷ S. etwa §§ 34 Abs. 1 S. 1, 35 Abs. 1 S. 1 UrhG.

Sachregister

- Abgrenzungsvereinbarung 311
Abmahnkorrespondenz 227
Abmahnung 308, 322
Abnutzung, wirtschaftliche 66, 457
Abrechnung 425
– Abrechnungspflicht 425
– Abrechnungspflichtigen 425
Abschlagszahlung 387
Absonderungsgegenstand 453
Abstraktionsprinzip 103, 107, 142, 460,
516, 558 f., 589, 649
Abwehrrecht 112, 514
Abwägung 59, 63, 166, 176, 435, 450
– Abwägungsentscheidung 630
– Abwägungslösung 390
Adhäsion 367
Administrative receiver 270
AGB 184, 187, 204 f., 207, 368, 374, 396–
398, 401, 423, 425 f., 429–431, 444, 619
Akteneinsicht 109
Aktien 29
– Aktionäre 33
Aktivierungsverbot 67
Akzessorietätsprinzip 12
ALI-Principles 499, 538
Alleinlizenz 160, 344
Anerkennung 110, 135, 145, 369, 486, 493,
522 f., 526 f., 543, 578, 616, 627
– Anerkennungsprinzip 493
Angemessenheitskontrolle 422
Anmeldung 109, 111 f., 118, 120 f., 124 f.,
128, 132, 149 f., 152, 188 f., 192, 194,
230 f., 249, 280, 299, 407, 612, 614, 616
– Anmelder 77, 112 f., 115, 188 f., 214,
218, 407, 413, 612
– Anmeldestadium 250
– Anmeldungsvindikation 414
– Anmeldeverfahren 115, 122 f.
– Nachanmeldung 109, 112
Anpassung 37, 69, 208, 376, 393, 473 f.,
482, 484 f., 523, 578, 601, 621, 643, 647
Anzeigepflicht 86, 200, 618, 620
Äquivalenzinteresse 390, 470
assignation 270, *siehe auch* Besicherung
Attachment 262–264
Aufenthalt 491, 494, 496–498, 520, 534 f.,
545–547, 549, 551, 565, 568, 575 f., 579,
588, 643 f., 646
– Aufenthaltsanknüpfung 546, 549 f.,
646
– Aufenthaltsland 577
– Aufenthaltsort 495, 514, 566, 580, 648
– Aufenthaltsrecht 491, 503, 542, 548,
550–553, 555–557, 564–568, 571, 574 f.,
577 f., 587, 597, 648
– Aufenthaltsrechts 556, 563–566, 568 f.,
571, 579, 597, 646
– Aufenthaltsstaat 491, 551, 565, 568,
578 f., 643
– Aufenthaltsstaatsregister 579
– Aufenthaltswechsel 576, 579
Aussonderungsrecht 91, 458, 469 f., 585,
642
Ausweichanknüpfung 542, 576
Bankrecht 5, 209, 349, 397, 423, 426,
428 f., 458
– Bankvertragsrecht 369, 381
Bedingung 55 f., 85, 87, 173, 178, 308,
310, 313 f., 346 f., 395 f., 463, 465, 468,
633, 637
– Bedingungseintritt 347, 451, 469
– Bedingungsinhalt 89, 487
– Bedingungswegwerwerb 347
Begleitschäden 348
Behavioral effect 59 ff.
Belegenheitsland 522
– Belegenheitsort 520, 559

- Benutzungsmarken 130, 236
- Benutzungsrecht 112, 177
 - Weiterbenutzungsrecht 114 f., 612
- Bereicherung 507, 536
 - Bereicherungsausgleich 174
 - Bereicherungsrecht 180
- Bern-Plus-Element 146
- Beschwerdeverfahren 218, 231 f., 235, 281
 - Beschwerdeantrag 218
 - Beschwerdebefugnis 220
 - Beschwerdeführer 218
- Besicherung 3–7, 9, 22–25, 27 f., 40–42, 52, 57, 88 f., 91, 171, 191, 210 f., 262, 267–271, 366, 379, 397, 400, 489, 500, 581, 600, 602–604, 607 f., 618–622, 628 f., 633–639, 643, *siehe auch* assignation, intimation
 - Besicherungsform 43, 83, 89–91, 586, 608
 - Besicherungsgegenstand 91, 122–123, 139, 613
 - Besicherungsgeschäft 60, 62, 138, 140, 181, 197, 309, 437, 500–501, 554, 562–564, 603, 615, 620
 - Besicherungsinstrument 36
 - Besicherungskonstellationen 30, 250, 292, 311, 337, 648
 - Besicherungskontext 50, 53, 60, 80 f., 89, 122, 189, 316, 319, 322 f., 325, 540, 584 f., 645 f.
 - Besicherungsmarkt 57–59, 603
 - Besicherungstransaktion 58, 185, 365, 489, 571–577, 587, 596, 634, 650
 - Besicherungsverhältnis 41, 288 f., 384, 390
 - Untersicherung 206
- Besitz 70, 85, 102, 108, 126, 201 f., 289, 292, 453, 455, 605, 620
 - Besitzer 188–189, 461
 - Besitzkonstitut 85
 - besitzlos 38, 294
 - Besitzrecht 202
 - Besitzverschaffung 202, 263, 274
- Beweis 250, 259, 457, 571, 586
 - Beweiserhebung 222
 - Beweislast 187, 316, 351, 354
 - Beweislastumkehr 223
 - Beweislastverteilung 234, 351
 - Beweismittel 251, 259
 - Beweisschwierigkeiten 351
- Bundesberufungsgericht 478
- Bundesgerichtshof 173, 176, 203, 2056, 209, 217 f., 221, 227, 232, 331, 459, 468, 470 f., 487
- Bundespatentamt 217
- Bundespatentgericht 217 f., 220
- Charge 268–270, 272
 - fixed ~ 268–270
 - floating ~ 268–270
- CLIP 489, 492 f., 495 f., 500–504, 532–538, 540–557, 561, 567, 572–579, 581, 584–588, 591–595, 597 f., 643–651
- creditor, *siehe* Sicherungsrechtsinhaber
- Creation 567
- Darlehen 40, 43, 56, 83, 88, 196, 268, 327, 344, 380, 480, 490 f., 494, 582, 607, 633, 637, 642
 - Darlehensgeber 3, 51, 491, 573, 581
 - Darlehensgebers 643
 - Darlehensgläubiger 1, 42, 49
 - Darlehensnehmer 388, 573, 581
 - Darlehensschuld 312 f., 337
 - Darlehensstatut 490 f., 493 f., 502, 545, 555
 - Darlehensvertrag 22, 85, 87, 313, 489–492, 495, 497, 500–502, 570, 573, 581, 585, 643
- Daten 68, 74, 80 f., 108, 214, 257, 285, 606
 - Datenbank 77, 80, 145 f., 258, 275
 - Datenschutz 217
 - Datentransfer 254
 - Datenträger 139, 467, 615
- debtor, *siehe* Schuldner
- Deckungsbeitragsvergleichsmethode 70 f., 605
- Deckungsgrenze 203, 205
- De minimis-Regel 536, 645
- Design 2, 148 f., 152, 162, 193, 247, 320, 341, 616, 619, 626
 - Designanmeldungen 149, 616
 - Designlizenzen 175, 653
 - Designlizenznehmer 162

- Designrecht 148–152, 161 f., 169, 181, 192, 242, 247, 249, 342, 504, 616, 626
- Designschutz 139, 151, 617
- Dienstbarkeit 473
- Dienstleistung 73, 130, 211, 583, 614, 622
 - Dienstleistergerichtsstand 586
 - Dienstleistungserbringer 133, 614
 - Dienstleistungsvertrag 494, 513, 587
- Diskontinuitätsgrundsatz 462
- Dispersion 11, 20
 - Dispersionsvorgang 14
- Drittwirkung 248 f., 269, 271 f., 274 f., 298, 499, 527 f., 532 f., 539 f., 553–555, 560, 566 f., 569, 578 f., 597

- Effet de purge 521 f., 526
- Eigenkapital 3, 25 f., 29
 - Eigenkapitalanforderungen 3, 91
 - Eigenkapitaleinsatz 36
 - Eigenkapitalrendite 26
- Eingriffskondiktion 174
- Eingriffsnorm 490, 496, 595
- Einheitstheorie 515, 548, 558 f., 645
- Einsicht 216, 231, 254, 256, 260, 579
 - Einsichtnahme 217, 231, 254, 258, 623
 - Einsichtnahmeberechtigter 295
 - Einsichtnahmemöglichkeit 254
 - Einsichtnahmerecht 258
- Einspruch 109, 214, 232, 325
 - Einspruchsbeschwerdeverfahren 218
 - Einspruchsfrist 231 f.
 - Einspruchsverfahren 218, 231, 324, 326
- Eintragung 41, 90, 117 f., 128, 131, 214–217, 221, 228, 230–233, 236, 238–241, 244, 247, 254–256, 258, 271–275, 281, 293 f., 296–300, 342 f., 431, 452, 550 f., 578–580, 623–626
 - Eintragungsakt 274
 - Eintragungsanmeldungen 299
 - Eintragungsantrag 214, 220, 237, 244, 255 f., 277, 452, 625
 - Eintragungserfordernis 253, 280, 284, 528, 547
 - Eintragungsfiktion 227
 - eintragungsfähig 133, 213, 230, 253, 258, 260, 276, 293–295, 594, 623 f., 627
 - Eintragungsfähigkeit 214–216, 228, 294, 357, 452, 556, 594, 623, 653
 - eintragungspflichtig 230, 253, 258, 260, 279, 624
 - Eintragungswirkung 228, 244, 297, 551, 578, 647
- Einwand 228, 277, 293, 353, 586, 590
 - Einwendung 344, 349, 374, 377 f., 389
- Einwilligung 140, 142, 402–404, 642
 - Einwilligungserfordernis 286, 402 f.
 - Einwilligungserfordernis 286, 402 f.
 - Einwilligungsvorbehalt 402 f.
- Einzelabreden 593
- Einzelvertrag 367–376, 382, 385, 387, 390 f., 635, 637
 - Einzelvertragsverhältnisse 380, 636
- EPA 115 f., 119, 122, 230–233, 591, 624
- EPeW 118–121, 281, 583, 598
- EPG 118, 122
- EPGÜ 118, 232, 529–532, 538, 573, 581, 583, 645
- EPO 275, 531
- Erbbaurecht 254
- Erfinder 13 f., 109 f., 113, 115, 125, 172, 188 f.
 - Erfinderehre 109
 - Erfinderpersönlichkeitsrecht 109 f., 188
 - Erfinderprinzip 109
 - Erfinderrecht 109 f., 188, 611 f.
 - Erfindung 13, 20, 109–114, 119, 124 f., 139, 181, 187 f., 190, 230, 450, 457, 611, 619
 - Arbeitnehmererfindungen 124, 532 f., 613
 - Arbeitnehmererfindungsgesetz 124, 613
 - Arbeitnehmererfindungsrecht 124, 281, 613
 - Diensterfindung 124
- Erfüllung 168, 185, 262, 287, 324, 410, 459, 461, 463, 467, 477, 537, 544
 - Erfüllungsgerichtsstand 585
 - Erfüllungsort 537, 582–589, 591, 648
 - Erfüllungsortbestimmung 587, 589, 649
 - Erfüllungsortgerichtsstandes 584
 - Erfüllungsortvereinbarung 589, 649
 - Erfüllungsortzuständigkeit 582, 586, 588, 648

- Erfüllungssurrogat 537
- Erfüllungswahl 472
- Ergänzungsanspruch 206
- Ergebnisbeitragsmethode 74 f., 605
- Erhaltung 8, 65, 88, 303, 305, 315, 317 f., 329, 338, 379, 456, 481, 501 f., 605, 607, 630, 635
 - Erhaltungsgebühren 319, 630
 - Erhaltungskosten 319
 - Erhaltungsmaßnahmen 88, 503, 581
 - Erhaltungspflicht 88 f., 318, 607
- Erlöschen 176, 214, 217 f., 233, 309 f., 536 f., 618, 623 f.
 - Erlöschensgründe 217
 - Erlöschenstheorie 459, 468
- Ersatzbeschaffungsverfahren 65, 605
- Erschöpfung 127, 312, 529, 615
 - Erschöpfungsgrundsatz 529, 615
- Erteilung 112, 118 f., 121, 123, 126, 131, 148, 189, 273 f., 305, 330, 332, 413 f.
 - Erteilungsverfahren 151, 617
- Erzeugnis 144 f., 147, 312, 357
 - Erzeuger 133, 614
- EU, *siehe* Europäische Union
- EuG 242–244, 246
- EuGH 12, 19, 97, 118, 121, 139, 151, 182, 211, 238 f., 312, 484, 510, 512 f., 528, 530, 541, 582–584, 589–591, 595, 615, 649
- EUIPO 132, 237 f., 243–246, 519, 625
- Europäische Union 16, 97, 118, 122, 124, 126, 131, 135, 145, 148–150, 152, 155, 255, 257, 282, 296, 320, 350, 489 f., 496, 506 f., 509, 512, 524, 540, 596 f., 627 f.

- Faustpfandprinzip 48, 274
- Fiktion 229, 247, 378, 382 f.
 - Fiktionsvorwurf 383
 - Fiktionswirkung 228
- Form 126, 128, 149, 207, 217, 263, 559 f., 577, 623
 - Formerfordernis 116, 151, 292, 559 f., 570
 - Formgültigkeit 490, 496, 533, 537
 - Formstatut 499, 559
 - Formvorschrift 313, 559 f.
 - Formzwang 121
- Forum 132, 533, 545, 592 f., 595
 - Forumsstaat 579, 591, 650

- FRAND 483–485, 643
- Freigabeanspruch 205–207, 209–211, 621 f.
- Funktionalisierungsansatz 105, 482, 611, 655

- GBO 215, 252, 254 f., 286, 300
- Gebrauchsmuster 122–124, 148, 216, 339, 611, 613, 616, 624
 - Gebrauchsmusteranmeldung 123
 - Gebrauchsmustergesetz 98, 124
 - Gebrauchsmusterrecht 123 f., 160 f., 216, 452, 613
 - Gebrauchsmusterregister 213, 216, 623
 - Gebrauchsmusterschutz 123 f.
 - Gebrauchsmusterschutzgesetz 98
- Gemeinschaftsgeschmacksmusteramt 150
- Gerichtsstand 582, 584, 586, 588 f., 594, 648
 - Gerichtsstandsvereinbarung 492, 589, 591–593, 649
 - Gerichtsstandswahl 592
- Geschmacksmuster 133, 149–152, 250, 452, 617
 - Geschmacksmusterrecht 84, 150–152, 504, 617
 - Geschmacksmusterschutz 151
 - Gemeinschaftsgeschmacksmuster 126, 149–151, 162, 175, 192 f., 247–250, 275, 282, 340 f., 438, 496, 515, 598, 616 f., 619, 626
 - Gemeinschaftsgeschmacksmusteranmeldungen 150 f., 249 f., 340, 617, 626
 - Gemeinschaftsgeschmacksmusterrecht 175, 248 f., 275, 281, 626
 - Gemeinschaftsgeschmacksmusterregister 149, 248 f., 626
 - Gemeinschaftsgeschmacksmusterverordnung 149
- Geschäftsgeheimnis 78, 100, 152 f., 154–156, 617
- Geschäftsbetrieb 12, 130 f., 211, 455 f., 484, 622
- Gewinnvergleichsmethode 70–72, 605
- Gewohnheitsrecht 610
- GmbH 257, 289
- Gnadenfrist 266 f., 280, 283, 299
- grace period, *siehe* Gnadenfrist

- Grundgesetz 100–102, 105, 609
 Grundrecht 100–102, 104, 527
 guter Glaube
 – Gutgläubenserwerb 300, 338, 346
 – Gutgläubensschutz 229, 242, 246 f., 255, 282, 289, 300, 624
 – Gutgläubensschutzwirkung 225, 300, 625, 628
 – Gutgläubenswirkung 229, 240, 242, 253, 276, 598
 – Gutgläubigkeit 256, 264
 Gültigkeit 12, 227, 280, 546, 554, 583, 590 f., 649
 – Gültigkeitsfragen 590
 – Gültigkeitszuständigkeit 590, 649
- Halbleiter
 – Halbleiterchips 125, 613
 – Halbleitererzeugnis 125
 – Halbleiterschutz 125
 – Halbleiterschutzgesetz 125, 613
 – Halbleiterschutzrecht 124–126, 613
 Handelsregister 257–260, 282, 289, 292, 298, 301, 627
 Harmonisierung 147, 257, 586
 Herkunftslandprinzip 522, 527
 Hersteller 133, 138, 144, 147, 350 f., 356 f., 359 f., 361–365, 614, 633 f., 651
 Herstellerbegriff 350
 – Herstellereigenschaft 349, 358, 364
 – Herstellungslizenz 352, 356
 HGB 84, 131, 153, 168, 257–260, 290, 298, 301
 HMA 151 f.
 Horizontalleitlinie 16
 Huawei 16, 484
 Hypothek 252, 289
 – Hypothekenbücher 252
 – Hypothekenhaftung 35
- ICT-Sektor 652
 Immaterialgut 65 f., 68 f., 74 f., 93, 100, 267, 296, 452, 456, 475, 495, 508, 605, 609, 627, 654 f.
 – Immaterialgüterkollisionsrecht 105, 540, 557
 – Immaterialgüterlizenz 157
 – Immaterialgüterrechtsregister 63, 212, 263, 265–266, 271, 274, 285, 293, 452, 578 f., 623, 653 f.
 – Immaterialgüterrechtsinhaber 158, 617
 – Immaterialgüterrechtslizenzen 92, 98, 159, 459, 480, 512, 644
 – Immaterialgüterrechtsschutz 2, 154
 – Immaterialgüterrechtsverletzungen 508
 – Immaterialgüterschutz 1, 11, 13 f., 17 f., 20 f., 44, 53, 95 f., 104 f., 295, 303, 397, 565, 600, 609 f., 628
 Inhaltskontrolle 184 f.
 Inhaltsnorm 184, *siehe auch* Zweckübertragungsgrundsatz
 Inkorporation 146, 510
 Inländerbehandlung 145–148
 Interventionsklage 592
 Interventionswirkung 595
 intimation 270, *siehe auch* Besicherung
- Judicial lien, *siehe* Pfändungspfandrecht
- Kartell
 – Bieterkartell 414
 Kausalitätsprinzip 142
 Kennzeichen 128, 130 f., 352, 356 f., 614
 – Kennzeichenrecht 13, 162, 175, 233 f., 236, 241, 272, 274 f., 311, 313, 504
 – Kennzeichenschutz 12, 130, 133, 614
 Know-how 152–157, 174, 305, 308, 314 f., 352, 407, 415, 434, 482–484, 617
 – Know-how-Lizenz 153, 155, 352, 358, 617
 Konsensprinzip 215, 252, 254, 286, 300, 628
 – formelles Konsensprinzip 254
 – materielles Konsensprinzip 215, 252, 254, 286, 300, 628
 Konsument 74, 359, 361–362, 633
 Kreuzlizenz 69, 73, 180, 465 f., 469 f.
 – Kreuzlizenzierung 19, 197, 483
 – Kreuzlizenznehmer 407
 – Kreuzlizenzvertrag 470
 Kündigung 173 f., 180, 308–310, 336, 376, 384, 393, 461, 468, 474, 635
 – außerordentliche ~ 308
 – Kündigungserklärung 308, 310
 – Kündigungsfrist 376

- Kündigungsrecht 173, 179 f., 308, 310, 313 f., 321, 336, 338, 386, 418, 451, 461, 464, 468, 472
- Kündigungssperre 461
- Landgericht 447
 - Landgerichtszuständigkeit 447, 640
- Lauterkeitsrecht 356
- Leading law 543
- Leasing 392, 441
 - Leasinggeber 392
- Lizenz 6 f., 16, 45, 89 f., 94, 97–100, 137, 155, 157–162, 169–172, 175, 230–232, 238 f., 272, 274 f., 330, 332, 356, 365 f., 385 f., 405, 458, 464, 467, 469, 473, 512 f., 617 f., 634 f., 653
 - Lizenzanmeldung 232
 - Lizenzansprüche 283
 - Lizenzbereitschaft 564
 - Lizenzbereitschaftserklärung 214, 217, 530
 - Lizenzbeziehung 15, 52, 72, 170, 195, 212, 293, 386, 416, 451, 467, 469, 479, 544, 601, 642, 653
 - Lizenzdauer 313
 - Lizenzende 419
 - Lizenzentgelt 476, 534
 - Lizenzerteilung 116 f., 120, 154, 158 f., 197, 330, 332–337, 343, 514, 571, 620, 622, 644
 - Lizenzwerb 344, 529, 632
 - Lizenzforderungen 197, 199 f., 620
 - Lizenzgebühr 71–73, 88, 174, 179 f., 198, 279, 312, 315 f., 319, 322, 365, 416, 419, 434, 458, 467, 470, 483 f., 513 f., 618
 - Einmallyenzgebühr 162
 - Lizenzgebührenvergleich 70, 73, 605, *siehe auch* Lizenzpreisanalgie, Lizenzvergleich, relief from royalty
 - Lizenzgestaltung 42, 467
 - Lizenzgewährung 159, 170
 - Lizenzkonditionen 73, 78, 416, 483–485, 643
 - Lizenznehmerschutz 50, 177
 - Lizenzpreisanalgie 70, 72 f., 78, 605, *siehe auch* Lizenzgebührenvergleich, Lizenzvergleich, relief from royalty
 - Lizenzrate 71 f.
 - Lizenzrecht 98, 224, 308 f., 321 f., 325, 475, 630
 - Lizenzvereinbarung 68, 514
 - Lizenzvergabe 107, 129, 187, 303, 331–334, 352, 385, 392, 411, 415–417, 419, 423, 426 f., 429, 441, 446, 514, 570, 583, 626, 631, 642
 - Lizenzvergleich 70, 605, *siehe auch* Lizenzgebührenvergleich, Lizenzpreisanalgie, relief from royalty
 - Lizenzvertrag 72, 158 f., 172, 177–180, 197–200, 238, 309, 314 f., 330, 336, 355 f., 360, 366, 381 f., 384, 386 f., 390–393, 396, 407, 419, 432 f., 437, 460–466, 470–479, 481–484, 485, 508, 512, 514–515, 549, 571, 597, 620, 631, 637, 642–644, 650, 653
 - Lizenzvertragsanpassung 483, 485 f.
 - Altlicenzen 433
 - Betriebslizenz 160 f.
 - Hauptlizenz 173–178, 197, 331, 398, 471, 618, 631, 653
 - Hauptlizenzgeber 173–175, 177, 398, 463, 471
 - Hauptlizenznehmer 173 f., 176 f., 398, 463, 471, 448
 - Hauptlizenzvergabe 178
 - Hauptlizenzverhältnis 173
 - Hauptlizenzvertrag 174, 177–179, 470
 - Negativlizenz 98, 352 f., 407
 - Rücklizenz 8, 195 f., 199, 268, 305–314, 317, 319, 321, 323–324, 331, 333, 336 f., 343 f., 348, 364, 458, 583, 586, 629, 631 f., 634
 - Unterlizenz 8, 89, 158, 161 f., 171, 173–179, 197, 199, 306, 331, 333, 462, 471, 486, 525, 617 f., 631, 653
 - Unterlizenzierung 89 f., 162, 175, 306, 316, 330–332, 416, 608, 653
 - Unterlizenzvertrag 173, 178 f., 398, 618
 - Weiterlizenzierung 175
 - Zwangslizenz 316, 496
- Marke 66–68, 80, 128–131, 133–135, 193–196, 205, 210–212, 233–240, 242–243, 265, 271, 274, 320, 340, 400 f., 452, 614, 622, 624 f.

- Basismarke 134 f., 194, 614
- Bündelmarke 135, 614
- Gemeinschaftsmarke 5, 237, 241, 524
- Markenamt 286, 319
- Markenmeldung 129, 132, 134, 234, 525, 614
- Markenankwartschaft 130, 450
- Markenbewertung 80
- Markenerwerb 240, 242, 245, 625
- Markenformen 128, 614
- Markeninhaber 132, 194, 239, 242 f., 322–325, 519, 527
- Markenlizenz 161, 175, 197, 311, 313, 466, 525
- Markenrecht 128–130, 134, 161 f., 210 f., 237, 245 f., 280, 323, 328, 476, 614, 624 f.
- Markenrechtsverletzungen 328
- Markenschutz 133–135, 139, 194, 315
- Markenverletzer 281, 238
- Markenverletzung 237 f., 516
- Markenübertragung 131, 195, 212, 244, 494
- Mehrfachmarke 194 f.
- Kollektivmarken 97, 107, 128 f., 195, 614
- Kollektivmarkenmeldungen 129
- Kollektivmarkenrecht 131, 614
- Parallelmarken 195
- Teilmarke 400, 615
- Unionsmarke 131–133, 135, 236, 239–243, 245–247, 281 f., 322, 340, 438, 515–518, 525–527, 538, 560 f., 598, 614
- Unionsindividualmarke 13
- Unionskollektivmarken 131, 133, 614
- Unionsmarkenmeldung 131–133, 614
- Unionsmarkengericht 238
- Unionsmarkenlizenz 162
- Unionsmarkenrecht 132, 162, 175, 236 f., 248 f., 276, 560 f., 625 f.
- Unionsmarkenreform 515 f.
- Unionsmarkenregister 240, 242 f., 245–247, 625
- Unionsmarkenverletzung 516, 519
- Markteintritt 41, 427
- Marktmacht 655
- Marktverwerfung 57, 603
- Mehrgewinn 74, 78, 605
- Mehrgewinnermittlungsmethode 73, 75, 605
- Meistbegünstigung 146, 511
- Mitnutzungsberechtigung 457
- Mobiliar 38, 108, 251, 274, 472, 523
 - Mobiliarbesicherung 347
 - Mobiliarpfandrecht 48
 - Mobiliarsachenrecht 102
 - Mobiliarsicherheiten 38 f., 274, 521 f.
 - Mobiliarsicherungsgeber 345
 - Mobiliarsicherungsrechte 521
- Monitoring 23 f., 36, 41 f.
- Musiker 91
 - Musikwerke 135
- Nachahmungsschutz 19
- Name 128 f., 139, 280, 321, 324, 357, 410 f., 614
 - Namensimmaterialgüterrecht 129
 - Namensmarken 129, 614
 - Namensmarkenrechte 450
 - Namenspersönlichkeitsrecht 129
 - Namensrecht 129
 - Namensschutz 129
- Nebenintervenient 219
- Netz 367, 370, 373–375, 377 f., 380, 382, 636
 - Netzbeiträge 380, 636
 - Netzpflichten 367
 - Netzvertrag 367–370, 382, 635
 - Vertragsnetz 366 f., 369–375, 377–381, 383 f., 386, 391, 635
- Nichtigkeit 186, 203 f., 212, 233, 245, 590, 621
 - Nichtigerklärung 121, 214, 233, 591
 - Nichtigkeitseinwand 590–592, 595, 649 f.
 - Nichtigkeitsfolge 204
 - Nichtigkeitsklage 8, 69, 214, 218, 287, 321, 325 f., 329, 595
 - Nichtigkeitsverfahren 217, 247, 626
 - Nichtigkeitswiderklage 595, 650
 - Teilnichtigkeit 504
- Niederlassung 120, 132, 150, 491 f., 496, 519, 525, 530 f.
 - Niederlassungsort 569
- Nießbrauch 87–89, 97, 107, 129, 215, 334, 340, 342, 406, 471, 473, 562, 607, 609

- Nießbraucher 87–89, 608
- Nießbrauchsbestellung 88, 149, 333 f., 340
- Nießbrauchsrecht 89, 341, 458, 608
- Nominalwert 203–206, 208 f.
- Nutzungsrecht 11 f., 40, 89 f., 137–145, 155, 162–168, 176, 181, 184–187, 191, 299, 304, 306 f., 311, 332, 337, 345, 381, 401–404, 423, 433 f., 453, 460 f., 466, 468, 471, 607, 615 f., 619, 642
- Weiternutzungsrecht 463
- Nutzungsdauer 69, 71 f., 75, 77, 80, 142
- Nutzungspfandreht 90, 317 f., 608, 630

- obligor, *siehe* Schuldner
- Onlinerecht 146

- Pacht 460, 473
 - Pachtverträge 472, 474
- Passivlegitimation 217, 235, 327, 623, 626
- Patent 66, 76, 109–113, 115–126, 187–190, 217–219, 221, 265, 339 f., 483, 598, 611–613, 623 f., 643, 645, 651 f.
 - europäisches ~ 115 f., 118 f., 121, 230–233, 529, 531, 563, 617, 624
 - Patentamt 112, 119, 123, 125, 215, 217, 220, 227, 294 f., 319, 623
 - Patentanmelder 120, 233, 281, 530, 624
 - Patentanmeldung 110 f., 114, 116 f., 120 f., 123, 188, 213, 216, 218, 230 f., 530, 562 f., 612
 - Patentanspruch 113, 119
 - Patentbehörde 223
 - Patentbenutzung 223 f.
 - Patentbündel 115, 122, 231, 612
 - Patenterteilung 110–112, 116, 121, 188 f., 217, 232, 612
 - Patentgericht 118, 325, 581
 - Patentgesetz 98, 109, 213 f., 218, 220 f., 223 f., 226, 230, 293, 295
 - Patentierung 111, 119
 - Patentinhaber 113 f., 171, 218, 220–223, 227, 339, 530, 623
 - Patentklage 19
 - Patentlizenz 98, 154, 197, 265, 309, 461, 470, 581
 - Patentlizenzvertrag 513, 515
 - Patentnutzung 483, 485
 - Patentrecht 117, 160, 213, 315 f., 329, 450, 477, 564
 - Patentregister 116 f., 213, 216 f., 220, 222–224, 228, 230–233, 297, 539, 564, 623, 624
 - Patentregistereintragung 214–219, 221, 224 f., 229 f., 233 f., 236, 247, 251, 254, 284–288, 293, 295, 299 f., 320
 - Patentschutz 11, 14, 18, 77, 113, 115, 118–119, 122, 138, 232 f., 457, 613, 624
 - Patentverletzung 219, 221 f., 226, 532, 623
 - Patentvindikation 109, 172, 190, 292
 - Patentvindikationsanspruch 188 f.
 - Bündelpatent 115, 213, 562 f., 591
 - Einheitswirkungspatent 117–122, 539 f., 564, 583, 598, 612
 - Einheitswirkungspatentgericht 531, 583
 - Einheitswirkungspatentstatute 539 f.
 - Zusatzpatent 113, 122, 612
- Perfection, *siehe* Validierung des Sicherungsrechts
- Persönlichkeitsrechte 110, 129, 135
- Pfand 87
 - Pfandgeber 334, 338
 - Pfandgegenstand 86, 93, 182, 318, 334, 421
 - Pfandgläubiger 183, 233 f., 317, 329, 333–335, 343, 607, 630, 632
 - Pfandgut 398, 410, 424, 427, 439, 448, 607, 618
 - Pfandreht 83, 85–87, 93 f., 104, 182 f., 221, 233 f., 269, 317 f., 323, 329, 395, 442, 452, 585, 594, 599, 607, 616, 630, 642
 - Pfandrechtsbestellung 7, 86, 90, 93 f., 346, 349
 - Pfandverwertung 334, 405, 421, 423, 432, 439, 449, 639 f.
 - Pfändung 192, 404–409, 416
 - Pfändungspfandreht 141, 264
 - Verpfändung 6–8, 85 f., 133, 149, 200, 317, 329, 333 f., 337, 399, 424, 562, 599, 614–616, 620
 - Verpfändungsvertrag 87
 - Vorpfändung 405

- Preisanpassungsklausel 464
 Prioritätsprinzip 16, 194, 203, 225, 242
 Prioritätsrecht 111 f., 116, 149, 152, 612
 Privatautonomie 54, 107, 179, 382, 398,
 482, 602, 611, 638
 Produkthaftung 287, 349–359, 362, 364 f.,
 599, 633 f.
 – Produkthaftungsgesetz 350 f., 356 f.
 – Produkthaftungsrecht 365, 634
 Prorogation 588–594, 649 f.
 Prozessführungsbefugnis 8, 217, 219 f.,
 223, 323, 325
 Prozessstandschaft 219 f., 227, 235, 239,
 324, 326, 329, 630
 Prüfpflicht 286, 299, 354, 407
 Publizität 102, 108, 200, 216, 221, 241,
 246 f., 249, 251, 254, 258–260, 274 f.,
 282, 298, 623, 625
 – formelle ~ 254, 258 f.
 – Publizitätserfordernis 38
 – Publizitätsgrundsatz 224
 PVÜ 112, 122 f., 133, 151, 612

 Qualifikation 370, 378

 Rangstellung 32
 Rationalitätspostulat 59
 Rechtserwerb 186, 233, 242, 244, 246, 248,
 256, 276, 281 f., 297, 450 f., 539, 630
 Rechtshängigkeit 219, 326
 Rechtsinhaber 174, 220, 225, 229, 232,
 244, 253 f., 290–293, 298, 311, 322, 324–
 326, 335, 339, 510, 552, 630, 637
 Rechtsinhaberschaft 189, 221, 227, 229,
 234, 237, 243 f., 247, 293, 298, 301, 313,
 324, 326, 339, 342, 495, 533, 623, 625,
 632
 Rechtsnachfolge 431
 – Rechtsnachfolger 127, 151, 170, 215,
 218, 235, 237, 248, 403, 431, 625
 Rechtsschutz 280, 591, 627, 649
 – einstweiliger ~ 591, 649
 Rechtsvereinheitlichung 2, 445, 540,
 571 f., 577, 596, 647, 650, 654
 Rechtswahl 8, 490 f., 494, 496 f., 499, 504,
 513, 515, 533 f., 537 f., 540, 542, 549 f.
 Rechtswirkung 99, 119, 244, 252, 255, 261,
 285, 522, 525 f., 551, 578 f.

 Rechtsübergang 85, 172 f., 175, 179,
 215 f., 222–224, 226, 229–236, 239 f.,
 243 f., 248, 274 f., 282, 327, 431, 469, 487,
 519
 Register 45, 90, 108, 119, 175, 213 f., 229–
 236, 240–243, 247–251, 264–266, 271,
 273–277, 281–282, 284–286, 293–302,
 326 f., 339, 396, 452, 550 f., 568, 577–
 580, 590, 607, 623–628, 647–649
 – Registerberichtigungsklage 287, 300
 Registerrecht 231, 236, 275, 282, 297, 302,
 322, 342, 566, 579, 597, 624, 627, 632,
 653–654
 – Registerstand 222–224, 227 f., 233 f.,
 236, 259 f., 281, 285, 293, 296 f., 299,
 339 f., 578, 580, 624 f., 632, 647 f.
 – Registrierungserfordernis 274, 278–
 280, 283 f., 594
 Reichsfinanzhof 424
 Reichsgericht 103, 424
 relief from royalty 71, *siehe auch* Lizenz-
 preisanalogie, Lizenzvergleich,
 Lizenzgebührenvergleich
 Reproduktionsverfahren 65, 67, 605
 Residualgewinnmethode 74, 605
 Richterrecht 63, 168
 Rom-Abkommen 147
 Rückübertragung 142 f., 176, 212, 292,
 313, 326, 348, 395, 410, 442, 458, 622

 Schaden 7, 224, 297, 348 f., 360, 362, 388,
 599, 633, 637
 – Schadensersatz 219, 221 f., 227, 229,
 272, 312, 348, 388, 476, 623
 – Schadensersatzanspruch 33, 73, 181,
 222, 224, 237, 246, 316, 336, 338, 342,
 347 f., 389 f., 530
 – Schadensersatzpflicht 336, 368, 390,
 443 f., 637
 Schriftform 116 f., 121, 127, 133, 561–563,
 612
 – Schriftformerfordernis 562
 – Schriftlichkeitserfordernis 38, 133
 Schuldner 4 f., 23–25, 28–36, 39–42, 50,
 57, 183, 192, 262 f., 345, 399–402, 405–
 407, 416–418, 429 f., 440, 449, 474–477,
 565, 618, 641
 – Schuldnerschutz 420, 422, 430

- Schuldverhältnis 306, 370, 390, 473, 502, 507–509, 517, 532, 541, 645
 - außervertragliches ~ 507–509, 518, 532, 541, 645
- Schuldvertrag 508, 514, 540, 545, 598, 650
- Schutz
 - Schutzbereich 113, 115, 122, 145, 193, 616, 619
 - Schutzdauer 13 f., 18, 78, 113, 126 f., 217, 233, 279, 457, 606
 - Schutzland 491, 496, 509, 512 f., 518 f., 534, 536, 546, 550 f., 560, 568, 571 f., 577, 579, 586, 588, 597, 643, 647
 - Schutzlandprinzip 146, 493, 504, 508 f., 511 f., 518, 532, 535, 540–541, 545, 547, 560, 569, 571, 596, 645
 - Schutzniveau 18, 126, 157, 511, 540, 613, 641
 - Schutzvoraussetzung 123, 156
 - Schutzwirkung 125, 194, 245, 255, 334, 367 f., 373 f., 377, 381, 389 f., 601, 635
 - Schutzwürdigkeit 183, 289, 291, 293, 334, 402, 425, 450, 472, 572
 - Schutzzweck 9, 114, 152, 156, 182, 283, 404, 408, 434, 436
 - Sperrschutzrecht 18 f.
- Special Purpose Company 91
 - special purpose vehicle 270
- Schöpfung 10 f., 139, 283, 506
- Selbsteintritt 424–427
 - Selbsteintrittsrecht 443
 - Selbsteintrittsvereinbarung 426
- SEP 483–485
- Sequestration 411, 415, 420, 422
- Sicherheitenbestellung 40, 49, 64, 183, 303, 314, 392, 435–437, 501, 544, 547–549, 561, 573 f., 578, 592, 604, 615, 618, 621, 644
 - Sicherungsabrede 39, 85, 191, 204, 206 f., 320, 335, 581, 592, 648
 - Sicherungsabtretung 84
 - Sicherungseigentum 48, 83, 89, 94, 202, 294, 349, 395, 398, 423 f., 432, 445, 448, 608, 640
 - Sicherungsform 7, 60, 91, 185, 262, 267 f., 293, 428 f., 446, 449, 603, 607, 641
 - Collateralisation 268
 - Securitization 33, 268
 - legal mortgage 268, 271 f.
 - equitable mortgage 268 f., 271 f.
 - Sicherungsgeschäft 9, 84 f., 126, 129 f., 137, 144, 149, 157, 163, 166–168, 182 f., 190 f., 203, 206–210, 262, 344, 435–437, 501, 546 f., 562, 616, 618–621, 633 f.
 - Sicherungslizenz 87, 89 f., 117, 141, 158, 529, 543, 548 f., 553 f., 556, 562–564, 582 f., 586, 608, 615, 617
 - Sicherungsmittel 115, 120, 123, 125, 132, 139, 145, 148 f., 152, 157, 159, 164, 170 f., 182, 190, 197, 612 f., 616–618
 - Sicherungsphase 1, 8, 49, 58, 85, 166, 269, 303–306, 313, 317, 321 f., 324, 332, 343 f., 501, 622, 626, 628–632
 - Sicherungsrecht, *siehe* Validierung des ~
 - Sicherungsrechtsinhaber 262 f., 476
 - Sicherungsschuldner, *siehe* Schuldner
 - Sicherungsvertrag 85, 87, 187, 303, 305, 338, 381 f., 385, 388, 392, 431, 485 f., 494 f., 497–504, 545, 548 f., 557, 570, 574, 576, 586, 590, 607, 619, 643 f.
 - Sicherungswert 64, 123, 127, 143, 159, 181 f., 203, 205 f., 210, 335, 604, 613
 - Sicherungsübereignung 48, 83–85, 274, 306 f., 443, 549
 - Übersicherung 64, 203–210, 269, 400, 444, 604, 621 f.
 - Übersicherungsschwelle 49, 204, 208, 621
 - Sitz 132, 150, 233, 281, 491, 513, 517–520, 525, 530 f., 561, 565, 567, 569, 575, 580 f., 588 f., 624, 643
 - Sitzverlegung 520, 530, 548
 - Software 40, 78, 97, 138 f., 163, 191, 283, 404, 459, 476 f., 615
 - Softwarelizenz 78, 469
 - Softwarenutzungsrecht 468 f.
 - Softwareerschutz 139
 - Sortenschutz 126 f., 613
 - Sortenschutzgesetz 126
 - Sortenschutzrecht 124, 126 f., 315, 339 f., 438, 613
 - Gemeinschaftssortenschutz 339
 - Gemeinschaftssortenschutzrecht 127, 515

- Spaltungstheorie 515, 540, 548, 558 f., 571, 645
- Spezialitätsgrundsatz 574
- Spezialitätsprinzip 269
- Staatshaftung 259, 299
- Stammrecht 7, 47, 52, 89, 93 f., 100, 160, 170–172, 177–179, 198 f., 210, 271, 293, 333, 336, 338, 341, 343, 360, 365–366, 391, 405–409, 412 f., 416, 419, 432 f., 452, 473, 485, 515, 532, 608, 618, 631 f., 634, 639 f., 653
- Stücklizenz 315
- Substitution 11, 13, 15 f.
- Substitutionswettbewerb 15, 47
- Sukzession 471
- Sukzessionsschutz 52, 99 f., 106, 158, 170–176, 178 f., 197, 292, 309 f., 333 f., 343 f., 480 f., 611, 631 f.
- Survivor Curve 78
- Territorialitätsprinzip 132, 505 f., 535, 551, 566, 571, 646
- Tilgung 1, 85, 196, 268, 303, 313, 348, 379, 395, 397, 410, 419, 440, 458, 501, 582, 637 f.
- Topographie 125 f., 613
- Torpedo-Klage 589, 649
- Trademark 133, 265 f., 477, 520
- Trennungsprinzip 497, 559
- Treubindung 199, 442
- Treupflicht 207, 371
- Treuwidrigkeit 164
- Triallagma 377
- Typenfixierung 48
- Typenzwang 100
- Übereignung 251, 533
- Übereignungsanspruch 201–202, 621
- Übertragung 55, 86 f., 94, 116, 126 f., 130–133, 140 f., 149, 154–156, 160–162, 164 f., 167 f., 171 182, 198, 215, 233, 336–338, 478 f., 544, 549, 553 f., 558 f., 584–586, 612, 622
- Übertragbarkeit 93, 107, 111 f., 129–131, 151, 162, 192, 470, 544, 549, 553, 572, 612 f.
 - Übertragungsausschluss 150, 337, 346
 - Übertragungsgeschäft 113, 121, 133, 140, 149, 151, 544
 - Übertragungsvertrag 85, 116, 215, 431
 - Übertragungsvoraussetzung 232, 553
 - Vorausübertragung 110
- Umtragung 226 f., 229, 231, 234, 248, 300
- Umtragungsantrag 235, 248
- UNCITRAL 479, 489, 498–500, 512, 532, 540, 555, 564–568, 571–573, 577–579, 581, 597, 645–646
- Unionsschutzrecht 7, 274 f., 282, 338, 344, 437 f., 496, 515–517, 524, 557, 560, 564, 571, 631 f., 645 f.
- Universalitätsprinzip 504–506, 508, 512, 580, 644
- Unlauterkeit 156
- Unterlassung 219, 223, 529
- Unterlassungsanspruch 21, 87, 95, 222, 280, 284, 407, 600, 609
 - Unterlassungsklage 109, 280
- Unternehmen 19, 43, 66, 149, 164, 258, 270, 605
- Unternehmensübertragung 133, 561
 - Sendeunternehmen 138, 144 f., 147
- Untersagungsanspruch 279
- Unwirksamkeit 88, 168, 185, 207, 223 f., 254, 300, 335, 338, 345, 376, 404, 444
- Unzumutbarkeit 160, 165, 204, 307, 376, 393, 430
- Urheber 10, 12, 136 f., 141, 143, 145, 163–170, 278, 306, 380 f., 402–405, 435–437, 467, 615
- Urheberpersönlichkeitsrecht 6, 10, 135, 137, 139–140, 145, 271, 403–404, 451, 600, 615
 - Urheberrecht 10, 135–148, 162, 173, 184 f., 213, 265, 271, 284, 299, 306, 331, 345, 434, 461, 477, 505–509, 615 f., 628, 644
 - Urheberrechtsgesetz 174
 - Urheberrechtslizenz 91, 169 f., 175, 265, 403, 434, 451
 - Urheberrechtsschutz 10, 12, 145, 278 f., 284, 616
- Urkunde 9, 181, 200–202, 215, 231 f., 289, 292, 315, 618, 620
- Ursprungslandprinzip 495, 506, 508–510, 512

- US-GAAP 67, 79, 606
 USPTO 265
- Validierung 262 f., 267, 573
 – Validierung des Sicherungsrechts 262–264, 272, 298
- Veranlassungsprinzip 260, 302
- Verbandsübereinkunft 122 f., 133, 151, 613 f., 617
- Verbraucher 355, 358, 361 f., 364
 – Verbraucherschutz 27 f., 350, 357, 364
- Verfall 77, 233, 245, 424–426, 443, 446, 448, 641
 – Verfallabreden 424 f., 443
- Verfassung 17, 100 f., 104 f., 610
- Verfügung 37, 41, 88, 101, 128, 191, 199, 234 f., 238, 246, 269, 281, 292, 305, 317, 330, 334–339, 344–348, 392, 468 f., 558–560, 568, 570, 631 f.
 – einstweilige ~ 287, 300
 – ~ von Todes wegen 140, 615
 – Verfügungsbeschränkung 214, 255, 294, 337 f., 345–347
 – Verfügungsgeschäft 300, 344, 347, 569
 – Verfügungsverbot 337 f., 347, 406, 631 f.
 – Vorausverfügung 474
- Vergleichbarkeitskriterien 71
- Vergleichspreis 68, 71
- Vergleichspreismethode 68, 72, 78, 605
- Vergütung 68, 124, 136, 141, 143 f., 185 f., 463, 465, 467, 474, 615
 – Vergütungsanpassung 380, 464
 – Vergütungsanspruch 125, 136, 143 f., 148, 176, 181 f., 403
- Verhältnismäßigkeitsprinzip 527
- Verkehrsfähigkeit 110, 129, 144, 159, 170, 312, 345, 616 f.
- Verkehrsschutz 253, 256, 258–260, 290 f., 300, 338, 346, 522, 627
- Verlagsrecht 136, 184, 311, 315, 408, 420, 434
- Verletzung 88, 153, 155, 227, 259, 299, 301, 312, 322, 327 f., 338, 347, 390, 444, 448, 487, 507, 516 f., 533, 535–538, 543, 583, 630, 645
 – Verletzungsansprüche 98, 278, 312
 – Verletzungshandlung 156, 516, 534–536
 – Verletzungsklage 220, 277, 322, 586
 – Verletzungsprozess 153, 217, 223 f., 475
 – Verletzungsverfahren 153, 221, 274, 281, 590–592, 595, 623, 649 f.
- Vermieter 291, 418, 440, 461
- Vermögensrecht 17, 71, 77, 100, 104–106, 110, 131, 137, 149 f., 154, 345, 405 f., 408, 412, 573, 609 f., 614, 617
- Vernichtung 219, 323
 – Vernichtungsanspruch 223
- Verrechnung 332, 408, 426, 441
- Verschulden 351, 361
 – Verschuldenshaftung 352, 361 f.
- Versteigerung 8, 90, 399, 411, 413–415, 420–423, 425, 439–441, 446, 599, 639–640, *siehe auch* Zwangsversteigerung
- Vertrag 84, 117, 142, 154, 157, 165, 179 f., 184, 243, 367–375, 381, 389–391, 437, 459 f., 486, 490 f., 496–498, 532 f., 573, 582–584, 589, 594, 616, 645, 648 f.
 – Einzelvertrag, *siehe* Einzelvertrag
 – Gesellschaftsvertrag 378
 – Lizenzvertrag, *siehe* Lizenzvertrag
 – Sicherungsvertrag, *siehe* Sicherungsvertrag
 – völkerrechtlicher Vertrag 145, 531
 – WIPO-Vertrag 147
 – Vertragsabrede 154, 160, 378
 – Vertragsanpassung 180, 376, 391 f., 462, 484 f.
 – Vertragsauslegung 174, 207, 310, 320, 324 f., 327, 330, 332, 388, 391, 396, 419, 429, 437, 570, 631, 641
 – Vertragsbeendigung 180, 374, 376, 485, 643
 – Vertragsmodifikation 483, 642
 – Vertragsmuster 3–8, 187, 190, 287, 599
 – Vertragsnetz, *siehe* Netz
 – Vertragsnichtigkeit 369
 – Vertragsrecht 55, 373, 378, 384, 494 f., 502, 513 f.
 – Vertragsverletzung 307, 512
 – Vertragsübernahme 174, 433
- Vertrauenshaftung 260, 381
 – Vertrauensschutz 221, 258–260, 291, 301, 471, 623
 – Vertrauensschutzgrundsatz 260

- Vertrauensschutzhaftung 260
- Vertreter 40, 98, 214, 242, 297, 367, 382, 425, 431, 455, 506, 558
- Vertretung 325
- Vertretungsmacht 347, 378
- Vertrieb 41, 66, 308, 352, 364
- Vertriebsabläufe 351
- Vertriebsgesellschaft 239
- Vertriebsprozess 360, 362, 364
- Verursachungsprinzip 376
- Vervielfältigungsrecht 136, 145
- Vervielfältigungsstück 200, 620
- Verwaltung 119, 233, 418, 565
- Verwaltungsvorschriften 350, 364
- Verwertung 8, 38, 101, 125, 136 f., 172, 201 f., 319, 324, 332, 380, 397–401, 405, 408–411, 414–416, 420, 423–426, 429–434, 436–441, 443, 448, 453, 553–555, 567, 570, 581, 640–642
- Verwertungsabrede 417, 419, 426, 443
- Verwertungsart 136, 397, 408, 411 f., 415, 420, 422 f., 428, 435, 439, 441, 446 f., 638, 640
- Verwertungsbefugnis 145, 414, 453 f., 456, 480, 616
- Verwertungserlös 38, 64, 440 f., 449, 453, 604
- Verwertungserwerb 169, 443
- Verwertungserwerber 52, 141–143, 157, 179, 194, 202, 212, 309, 313–314, 331, 333, 366, 379, 386, 393, 407, 414, 430 f., 433, 435 f., 443 f., 473, 622
- Verwertungsform 8, 408, 413, 415, 418, 421–430, 440, 442 f., 446–449, 599, 640 f.
- Verwertungsgesellschaft 136, 163, 182, 415, 651 f.
- Verwertungslizenz 418 f., 458
- Verwertungsmaßnahmen 417, 433, 436, 444, 447, 501
- Verwertungsphase 143, 159, 386, 388, 397, 417–419, 435, 602
- Verwertungsrecht 12, 52, 85 f., 90, 135–138, 140, 144, 195, 397 f., 403, 445, 449, 451, 453–456, 607, 615, 638 f., 641
- Verwertungszugriff 107, 397, 399 f., 407, 416 f., 420, 427, 441–443, 446, 458, 568, 638–640
- Verzug 399, 461
- Veröffentlichung 91, 112, 119, 140, 216, 231
- Vindikation 293
- Vindikationsanspruch 189, 202, 219
- Vollrecht 94, 246, 253, 294
- Vollrechtserwerb 249, 359, 442, 486, 626, 630
- Vollrechtsinhaber 88, 244, 333, 631
- Vollrechtsübertragung 87, 107, 127, 133, 149, 215, 545, 585
- Vollstreckung 403, 412, 438, 447, 640
- Vollstreckungserwerber 157, 167 f., 171, 198, 201 f., 212, 381, 568, 618
- Vollstreckungsgericht 405, 447
- Vollstreckungsgläubiger 412, 414, 567, 578
- Vollstreckungsorgane 442, 448
- Vollstreckungszugriff 318, 405
- Zwangsvollstreckung 35, 90, 141, 155, 168, 248, 402 f., 405, 423, 437–440, 451, 517, 582, 608, 639
- Vorbenutzungsrecht 114, 612
- Voreintragungsgrundsatz 254
- Vorfrage 512, 514, 644
- Vorführungsrecht 136
- Vorgängerrecht 189
- Vorkaufsrecht 689
- Vorleistung 467
- Vorläuferrecht 109, 125, 188–190, 619
- Wagniskapitalfonds 51
- Wagniskapitalgeber 41, 458
- Wagniskapitalisten 40
- Warenzeichen 84, 357
- Warenzeichengesetz 128, 234, 276
- Weisungsrecht 356, 374
- Weiterübertragung 140, 163, 184, 278, 313, 333, 346 f., 434, 549, 552, 574, 576
- Werk 12, 91, 101, 130, 135–138, 140 f., 144–148, 158, 213, 277–279, 283, 299, 403, 505 f., 623, 628, 644
- Wertermittlung 59, 65–67, 79 f., 606
- Wettbewerb 11, 14, 16, 20, 44, 46, 257, 282, 448, 476, 492 f., 598, 600, 627
- Wettbewerber 11
- Wettbewerbsbedingungen 350
- Wettbewerbsfreiheit 11, 54

- Wettbewerbsprozess 107, 486, 611
- Wettbewerbsrecht 11, 15–17, 96, 654–655
- Widerbeschaffungswert 66
- Widerklage 595
- Widerruf 110, 141, 214, 368
 - Widerrufsrecht 140 f.
- Widerspruchsrecht 403
 - Widerspruchsverfahren 323, 329
- Wiederbeschaffungswert 66
- WIPO 134, 145–147, 151, 510, 614, 616 f.
- Wirksamkeit 64, 130, 178, 221, 223, 227, 238, 240, 243, 280, 338, 377, 406, 408, 474, 498, 503, 533, 537, 548, 558, 577, 591, 593 f., 604, 621, 650
 - Unwirksamkeit 88, 168, 185, 223, 254, 300, 335, 345, 376, 404, 444
 - Wirksamkeitshindernis 49, 178, 203
 - Wirksamkeitsvoraussetzung 182
- WPPT 147–148
- WTO 510
- WUA 147

- Zession 575
 - Zessionar 569, 575
- Zins 1, 27, 29–31, 36, 43, 60, 186
 - Zinsforderungen 183, 418
 - Zinssatz 23 f., 27, 31, 42 f., 56, 601 f.
- Zivilgericht 63, 225
- Zivilprozess 225
- Zivilprozessordnung 409, 585 f., 589
- Zugang 32, 135, 154, 255, 314, 327, 453, 493, 606
 - Zugangsbeschränkung 142
 - Zugangsverweigerungen 18
- Zugriff 5, 27 f., 41, 50, 52, 56, 85, 201, 254, 295, 373, 403, 415, 419, 440, 540, 627, 635
 - Zugriffsrecht 35, 89, 169, 269, 442
- Zugänglichkeitsmachungsrecht 148
- Zustimmungsbedürftigkeit 434
 - Zustimmungserfordernis 163, 165 f., 342, 404, 434, 558
 - Zustimmungspflicht 163–167, 169 f., 177, 332 f., 335 f., 343, 405, 433–437, 451, 617, 631, 641
 - Zustimmungsrecht 10, 163–165, 169, 331, 341, 405, 429, 434 f., 437, 475, 485, 542 f., 617, 632, 641
 - Zustimmungsvorbehalt 160, 164, 169, 179, 304, 323, 341–343, 346, 402, 626, 653, 632
- Zwangsversteigerung 441, 608, *siehe auch* Versteigerung
- Zwangsvollstreckung, *siehe* Vollstreckung
- Zweckbegrenzung 368
- Zweckübertragungsgrundsatz 159, 183–187, 190, 193, 196 f., 207–209, 514, 618–621, *siehe auch* Inhaltsnorm
 - Zweckübertragungsprinzip 311
 - Zweckübertragungstheorie 184
- Zweigniederlassung 257
- Zwischengesellschaft 165